Einzelnummer 80 Pfg. (Sonnabends 1 Mark)

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 12.— Mk., vierteljährlich 36.— Mk.
Redaktion: Am Spendhaus 6. — Telephon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 4,— Mk. von auswärts 5,— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 12,— Mk. von auswärts 15,— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postscheckkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spendhaus 6. — Telephon 3290.

Nr. 90 | Dienstag, den 18. April 1922 | 18. Jahrgang

Einigung zwischen Deutschland und Rußland.

Ein deutsch-russisches Wirtschaftsabkommen.

Die Genuaer Beratungen zwischen der deutschen und der russischen Delegation haben am Ostersonntag zu einem Ergebnis geführt, das für Deutschland und Rußland von größter Bedeutung ist. Die seit mehreren Monaten schwebenden Verhandlungen zwischen den beiden Ländern wurden am Ostersonntag zum Abschluß geführt. Der unterzeichnete Vertrag beruht auf vollständiger Gegenseitigkeit. Die ordentlichen diplomatischen Beziehungen werden wieder aufgenommen. Alle Ersatzansprüche aus der Zeit des Kriegszustandes zwischen Deutschland und dem früheren Rußland gelten als erledigt. Das gleiche gilt für die Ersatzansprüche wegen der bisherigen Sozialisierungsmaßnahmen der Sowjetregierung, vorausgesetzt, daß Rußland auch dritten Staaten einen Schadenersatz für die Sozialisierung oder einer Rückgängigmachung derselben nicht zugesteht. Andererseits soll für die Zukunft der Grundsatz der Meistbegünstigung und des gegenseitigen wirtschaftlichen Entgegenkommens maßgebend sein. An die Stelle der hinfällig gewordenen Bestimmungen der Verträge von Brest-Litowsk und der Ergänzungsverträge tritt daher ein neues Regime, das beiden Völkern völlige Gleichberechtigung gewährt. In das Verhältnis der beiden Staaten zu dritten Staaten greift dieser Vertrag in keiner Weise ein. Die Vorteile, die von der friedlichen deutsch-russischen Auseinandersetzung erhofft wurden, werden ganz Europa zugute kommen. Die beiden vertragschließenden Regierungen sind überzeugt, daß sie zu ihrem Teil durch die getroffene Verständigung zur Erreichung des Hauptzieles der Genuaer Konferenz, nämlich der endgültigen Wiederherstellung des europäischen Friedens, nicht unwesentlich beigetragen haben.

Reuter meldet aus Genua, die Nachricht, daß Deutschland und Rußland in Genua ein Abkommen geschlossen haben, sei wie eine Bombe gekommen. Die alliierten Delegierten sind noch am Montag nachmittag zu einer Sitzung zusammengetreten, um zu der Tatsache des deutsch-russischen Wirtschaftsabkommens Stellung zu nehmen.

Der russische Delegierte Rakowski erklärte Pressevertretern, daß der deutsch-russische Vertrag schon auf der Durchreise durch Berlin so gut wie fertiggestellt war. Es sei weder eine Rechnung noch eine Gegenrechnung aufgemacht worden. Irgendwelche Zahlungen wären daher nicht vorgesehen. Es sei daher auch mit der schärfsten Lupe nichts zwischen den Linien des Vertrages zu lesen.

Der „Vorwärts" schreibt zu der Frage, ob mit Rücksicht auf das Ausland dieser Vertrag gerade im jetzigen Stadium notwendig gewesen sei, daß man zu den deutschen Regierungsvertretern in Genua das Vertrauen haben müsse, daß sie richtig und im Interesse Deutschlands gehandelt haben, selbst auf die Gefahr hin, daß man in Frankreich diese Gelegenheit zu einer neuen Preßkampagne benutzen sollte. Das Blatt betont, daß der Abschluß des Vertrages nunmehr die allgemeinen Interessen der Konferenz nicht schädige und daß Deutschland nicht irgendwelche Sonderrechte für sich beanspruche. Wir würden wünschen, so schließt das Blatt, daß diesem Dokumente bald auch ein Vertrag zwischen Rußland und der Entente folgen würde.

Die Frage der russischen Vorkriegsschulden.

Nach einer weiteren Zeitungsmeldung haben die Russen sich bereit erklärt, die Vorkriegsschulden der Zarenregierung in Höhe von 21 Milliarden Goldrubel anzuerkennen, ohne Gegenforderungen geltend zu machen. Die Verhandlungen zwischen beiden Parteien sind noch nicht zu Ende geführt. Ueber die bisherigen Verhandlungen meldet ein bürgerlicher Berichterstatter, daß sich die Alliierten und Russen über folgende Grundsätze einig geworden sind. Die Frage der Kapitulationen werde zurückgestellt, unabhängig von dem Zusatzabkommen und den Vereinbarungen, die über die Schuldforderungen und die Garantien für die Zukunft getroffen werden. Rußland erkennt die Verpflichtung zur Bezahlung der bis zum 1. August 1914 vom russischen Staate, von Provinzen und Gemeinden im Ausland aufgenommenen Schulden an, ohne das Recht von Stellung von Gegenforderungen geltend zu machen. Dagegen werden jene Anleihen, die die Alliierten während des Krieges Rußland gewährt haben, gestrichen bzw. durch die Gegenforderungen der Sowjetregierung als kompensiert erachtet.

Hinsichtlich des beschlagnahmten ausländischen Eigentums forderten die Alliierten zunächst die prinzipielle Anerkennung der Verpflichtung der Sowjetregierung auf Herausgabe und Wiederherstellung. Das hat Tschitscherin als mit den Grundsätzen des gegenwärtigen Regierungssystems in Rußland unvereinbar abgelehnt, dagegen sich zu Entschädigungen bereit erklärt.

Nach einer Reutermeldung aus Genua kann die allgemeine Stimmung als hoffnungsvoll bezeichnet werden, da sich die Russen nicht so unnachgiebig zeigen, wie man annahm. Die Verhandlung mit den Russen führten die Alliierten Lloyd Georges. Sie hatten bisher einen intimen Charakter.

*

Kleine Meldungen von der Konferenz.

Einen vollständigen Abrüstungsplan soll nach einer Reutermeldung Lloyd George in der Tasche haben. Nach britischer Absicht, hat das in Washington abgeschlossene Vier-Mächteabkommen unter den Mächten des Stillen Ozeans zunächst Frieden und dann die Pläne für eine Einschränkung der Rüstungen geschaffen.

Auch die Russen sollen mit einem ausführlichen militärischen Entwaffnungsplan nach Genua gekommen sein. Sie seien bereit, ihr Heer auf 500 000 Mann herabzusetzen. Sie wollten vorschlagen, daß die Heere von Estland, Litauen, der Tschechoslowakei, Polen und Rumänien zusammengenommen ebenfalls diese Stärke nicht überschreiten dürften.

Die Sitzung der Unterkommission für Handelsfragen beschäftigte sich u. a. auch mit der Frage der Ein- und Ausfuhrverbote. Der Vertreter Frankreichs sprach sich gegen Ein- und Ausfuhrverbote aus und spielte dabei auf Deutschland an. Bundesrat Schultheß erklärte, man müsse Einfuhrverbote solchen Ländern vorbehalten, deren Existenz davon abhänge. Man könne den Freihandel nicht wieder herstellen, ehe man nicht das Valutaproblem gelöst habe. Die Kommission vertagte sich auf Dienstag vormittag, so daß der deutsche Vertreter erst in der nächsten Sitzung wird Ausführungen machen können.

Das Osterfest wurde von einer Anzahl Delegierter benutzt, um über die Feiertage Genua zu verlassen. So fuhr Lloyd George mit Frau und Tochter für kurze Zeit nach Rom.

Kapp stellt sich bedingungslos.

Ein Schreiben an das Reichsgericht.

Geheimrat Kapp läßt der rechtsstehenden Presse die Abschrift eines Briefes an das Reichsgericht zugehen, worin es unter anderem heißt:

„Mein Anerbieten, mich unter Hinterlegung einer Kaution von 100 000 Mark freiwillig zu stellen, wenn mir sicheres Geleit und Verschonung mit der Untersuchungshaft gewährt würde, ist vom Reichsgericht, wie ich aus den Zeitungen entnehme, auch in der Beschwerdeinstanz abgelehnt worden.

Die gegen Jagow und Genossen ergangene Reichsgerichtsentscheidung vom 21. 12. 21 ist inzwischen in einer abschriftlichen Ausfertigung zu meiner Kenntnis gelangt. Sie hat in mir die Ueberzeugung nur befestigt, daß die Rechtsgrundlagen, die sich die Entscheidung zu eigen gemacht hat, zu einem Fehlspruch geführt haben. Durch eine ungünstigere Behandlung, als sie allen anderen am Märzunternehmen 1920 Beteiligten bisher zugestanden worden ist, kann ich mich von der Erfüllung dessen, was ich als Gebot einer Pflicht erkannt habe, nicht abhalten lassen. Ich werde mich nunmehr dem Gericht bedingungslos zur Verfügung stellen.

Auch diese bedingungslose Selbststellung ändert, wie ich hiermit ausdrücklich erkläre, nicht das geringste an meinem grundsätzlichen Standpunkt, daß ich einer Regierung Ebert wegen der Märzereignisse 1920 keinerlei Rechenschaft schuldig bin. Nur um ein von Pflicht und Gewissen mir auferlegtes Gebot erfüllen zu können, begebe ich mich unter Aufgabe meines Asyls aus freiem Entschluß in den Machtbereich der zeitigen deutschen Gewalthaber. Nach Erledigung meiner persönlichen Angelegenheiten treffe ich Ende April in Deutschland ein."

Der Bürgerkrieg in Irland.

In Sligo ist die Lage ernst. Griffeth, der Präsident des irischen Parlaments wollte trotz Verbotes des dortigen republikanischen Kommandos eine Rede für den Vertrag mit England halten. Eine starke Abteilung Freistaatler besetzte das Grafschaftsgefängnis, während die Republikaner eine Anzahl anderer öffentlicher Gebäude besetzte. Beide Parteien sind bis an die Zähne bewaffnet.

Griffeth tritt für eine Verständigung mit England ein auf der Grundlage, daß Irland einen Freistaat im englischen Weltreich bildet. Die unversöhnlichen Republikaner erstreben dagegen eine von England völlig unabhängige Republik. Wie amtlich gemeldet wird, ist gestern ein Mordanschlag in Dublin auf Michael Collins verübt worden. Es wurden 6 Schüsse abgegeben, die aber keine Opfer forderten. In Dublin herrscht Panik.

Die Gewerkschafts-Internationale.

Zum dritten Kongreß des Internationalen Gewerkschafts-Bundes.

In der Zeit vom 20. bis 27. April wird in Rom der dritte Kongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes tagen. Es wird ein stattliches Parlament sein, das sich dort vereinigt, um im Namen und als Beauftragter von mehr als 20 gewerkschaftlichen Landeszentralen, die insgesamt über 24 Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen vertreten, zu den Fragen Stellung zu nehmen, die die Arbeiterschaft der ganzen Welt berühren.

Deutlicher als in früheren Jahren kommt durch die Folgen des unseligen Weltkrieges der Arbeiterschaft aller Länder zur Kenntnis, daß die Arbeiterschaft keines Landes unberührt bleibt von den Verhältnissen, die von einschneidender Bedeutung für die Lebensbedingungen dieser Bevölkerungsgruppe in anderen Ländern sind. Diese Erkenntnis hat die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter kurz nach Beendigung des Krieges wieder zusammengeführt und sie hat das Band erneuert und fester geknüpft, das während des Krieges an Festigkeit erheblich verloren hatte.

Die gewerkschaftliche Internationale kann jetzt auf eine mehr als zwanzigjährige Tätigkeit zurückblicken. Für einige Organisationen bestanden schon vor der Errichtung einer internationalen gewerkschaftlichen Zentralstelle im Jahre 1902 internationale Verbindungen. Die Errichtung einer internationalen gewerkschaftlichen Zentralstelle wurde auf Veranlassung von dem inzwischen verstorbenen Vorsitzenden der deutschen Gewerkschaften, Karl Legien, zur Zeit der Tagung des Skandinavischen Arbeiterkongresses im Jahre 1901 in Kopenhagen in die Wege geleitet und ein Jahr später in Stuttgart, in Anwesenheit von Vertretern der Gewerkschaften Deutschlands, Englands, Dänemarks, Finnlands, Frankreichs, Hollands, Italiens, Norwegens, Oesterreichs, der Schweiz, Schwedens, und Spaniens vollzogen. Deutschland wurde zum Sitz des „Internationalen Sekretariats der gewerkschaftlichen Landeszentralen" und Legien zum Leiter dieser Zentralstelle gewählt.

Eine bestimmte Umgrenzung des Aufgabenkreises des Sekretariats erfolgte auf der vierten Internationalen Gewerkschaftskonferenz im Jahre 1905 in Amsterdam. Die Aufgaben bestanden in der Hauptsache darin, die gewerkschaftliche Bewegung in allen Ländern möglichst einheitlich zu gestalten und eine gegenseitige Unterstützung in wirtschaftlichen Kämpfen und in anderen mit der gewerkschaftlichen Organisierung der Arbeitskräfte zusammenhängenden Fragen herbeizuführen. Alljährlich wurden Berichte in deutscher, englischer und französischer Sprache herausgegeben, die über den Stand der internationalen Gewerkschaftsbewegung und über ihre Arbeiten und Erfolge Auskunft gaben.

Schon vor dem Kriege wurde wiederholt dem Gedanken Ausdruck gegeben, eine festere internationale Verbindung der Gewerkschaften herbeizuführen. Diese sollte durch die im Jahre 1913 beschlossene Schaffung eines Internationalen Gewerkschaftsbundes erfolgen, dessen Organisation und Aufgaben auf der für 1915 geplanten Internationalen Gewerkschaftskonferenz in San Franzisko bestimmt werden sollten.

Der Ausführung dieses Gedankens setzte der Weltkrieg ein vorläufiges Ziel. Er unterbrach auch die seit 1912 eingesetzten Bestrebungen zur engeren Verbindung der Gewerkschaften aller Länder, die ihren wesentlichsten Ausdruck fanden in einer wöchentlich in drei Sprachen erscheinenden Internationalen Korrespondenz. Um die geschaffenen Verbindungen nach Möglichkeit aufrecht zu erhalten, wurde im November 1914 eine Zweigstelle des Internationalen Sekretariats in Amsterdam errichtet. Sie wurde kaum in Anspruch genommen. Ihre Beitragspflicht erfüllten während des Krieges nur wenige Länder; von den am Krieg beteiligten Ländern nur Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Der Versuch, auch die anderen Länder, wenigstens zur Beratung der gewerkschaftlichen Forderungen zum Friedensvertrag im Juni 1917 in Stockholm und im Oktober desselben Jahres in Bern heranzuziehen, mißlang. Die Gewerkschaften Englands lehnten

im September 1917 [illegible] die [illegible] der Konferenz ab, während die Vertreter der [illegible] Frankreichs und Italiens von ihren Regierungen [illegible] Reise nach der Schweiz erhielten. Die Gewerkschaften [illegible] und [illegible] konnten wegen der [illegible] keine Vertreter nach der Schweiz entsenden.

Kurze Zeit nach Beendigung des Krieges, schon im Februar 1919, fand eine Konferenz der Gewerkschaftsvertreter in Bern statt, [illegible] auch Delegierte aus England und Frankreich teilnahmen. Dort wurde beschlossen, noch im Sommer des gleichen Jahres einen Internationalen Gewerkschaftskongreß einzuberufen, um die Geschlossenheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung wieder herzustellen. Der Kongreß tagte im Juli 1919 in Amsterdam. Wie nicht anders zu erwarten war, kam es dort zu Zusammenstößen zwischen den Vertretern der Landessekretariate der Ententeländer und den Vertretern Deutschlands bei Beratung der Frage der Schuld am Kriege, die auf Veranlassung der ersteren besprochen wurde. Trotz dieses bedauerlichen, wenn auch begreiflichen Mißtons auf dem ersten Kongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes kam in den Verhandlungen mit allen Vertretern (mit Ausnahme der Delegierten aus Amerika) der aufrichtige Wunsch nach engerem Zusammenwirken der Gewerkschaften aller Länder zum Ausdruck. Als Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes wurde Amsterdam bestimmt. Die Leitung des Vorstandes wurde den Vorsitzenden der Landeszentralen von England, Frankreich und Belgien übertragen, die Leitung der Geschäfte dagegen in die Hände der beiden Vorsitzenden der Landszentrale Hollands gelegt. Der Eindruck des Mißtrauens gegen Legien, den langjährigen Leiter der Gewerkschaftlichen Internationale, der durch die Abgabe von nur 19 Stimmen (von insgesamt 80) bei seiner Wahl zum zweiten Vorsitzenden des I. G. B. hervorgerufen wurde und der diesen veranlaßte, im Einverständnis mit der gesamten deutschen Delegation, auf den Posten zu verzichten, wurde erheblich eingeschränkt durch die Ehrung Legiens, die ihm auf Veranlassung der Vertreter der Skandinavischen Länder nach seinem Austritt aus der Leitung der Gewerkschaftlichen Internationale zuteil wurde.

Der letzte Internationale Gewerkschaftskongreß, der im November 1920 in London stattfand, zeigte ein wesentlich anderes Bild, auch in bezug auf den persönlichen Verkehr der Vertreter der verschiedenen Länder. Dieser Kongreß ließ keinen Zweifel darüber, daß die sich in allen Ländern zeigenden traurigen Folgen des Krieges die Arbeiterschaft der ganzen Welt fester zusammenschweißen wird, als dies vor dem Krieg der Fall war. Bemerkenswert war das Verständnis, mit dem alle Teilnehmer des Kongresses die Wirkungen der Friedensbedingungen von Versailles betrachteten. Legiens Ausführungen: „Wir flehen nicht um Mitleid oder Erbarmen, sondern appellieren an Ihren Verstand und Ihr eigenes Interesse . . . Wir wollen gemeinsam die notleidende Menschheit wieder aufrichten, aber uns deutschen Arbeitern muß zu dieser Arbeit auch die Möglichkeit gelassen werden," lösten allseitigen starken Beifall aus. Eine entsprechende Entschließung wurde einstimmig und unter Beifallsbezeugung angenommen.

Inzwischen sind die Bande internationalen Verstehens und internationaler Freundschaft zwischen den Vertretern der Gewerkschaften der verschiedensten Länder festere geworden. Diese Tatsache gibt der Gewißheit Raum, daß auf dem Kongreß in Rom die internationalen Beziehungen der Gewerkschaften sich fester knüpfen werden.

Die Tagesordnung des Kongresses wird Fragen behandeln, die durch die Verhältnisse in allen Ländern aktuell geworden sind. Der Kongreß in Rom wird voraussichtlich auch, und zwar zum ersten Male, Stellung nehmen zur Frage der Organisierung der weiblichen Arbeitskräfte und damit die Bedeutung der Frauenarbeit in den verschiedenen Ländern und ihren Einfluß auf die Lebensbedingungen der gesamten Arbeiterschaft zum Ausdruck bringen.

Mögen die Arbeiten des Kongresses erfolgreich sein und dazu führen, die Einheit der Aktionen gewerkschaftlicher Tätigkeit in allen Ländern herbeizuführen.

Einwanderungsbeschränkungen in Amerika.

Nach einer Havasmeldung aus Washington hat der Senat eine Resolution angenommen, die das Gesetz über die Einschränkung der Einwanderungen bis zum 1. Juni 1924 verlängert.

Der Besatzungsterror im Rheinland.

[illegible] Sonderbericht des [illegible] demokratischen Parlamentsdienstes aus Duisburg über die von der Besatzungsbehörde [illegible] neu verhängten [illegible] entnehmen wir:

Die neuen [illegible] in Duisburg haben der Besatzungsbehörde zu einer Reihe von Maßnahmen Veranlassung gegeben, die nicht nur geeignet sind, die Ruhe und Ordnung zu gewährleisten, sondern die die Erregung in der Bevölkerung tagtäglich steigern. Ab 6 Uhr abends darf kein Lokal mehr geöffnet sein. Alle Versammlungen, ganz gleich welcher Art, sind verboten. Gerade die letztere Maßnahme hat die Arbeiterschaft aufs tiefste empört, zumal zurzeit große Lohnbewegungen im Gange sind, die eine Zusammenkunft der Streikenden und Ausgesperrten immer wieder erfordern. Die belgischen Soldaten, auch wenn sie außer Dienst sind, laufen fortgesetzt bewaffnet herum, um sich gegen befürchtete Angriffe der Zivilbevölkerung zu wehren. Dieser ist dagegen keine Gewähr für ihre Gesundheit und ihr Leben gegeben. In erschreckender Zahl mehren sich die Fälle, in denen belgische Soldaten einzeln oder in Gruppen wehrlose Zivilpersonen überfallen, sie verprügeln und nicht selten so zurichten, daß sie im Krankenhaus Aufnahme finden müssen. Auch Raubüberfälle sind keine Seltenheit. Von besonderer Niederträchtigkeit zeugt es, wenn z. B. in einem Hause von belgischen Soldaten alle Fensterscheiben im Werte von über 100 000 Mark zerschlagen werden. Durch die neuen Zwangsmaßnahmen ist sowohl das Wirtschaftsleben, wie das politische Leben der Stadt Duisburg aufs schwerste geschädigt. Die Wirtschaften stehen vor der Frage der Entlassung des Personals, da sie keine Beschäftigung für dasselbe haben, wenn sie um 6 Uhr schließen müssen. Die Arbeitslosigkeit nimmt nicht nur im Gastwirtsgewerbe, auch in Handel und Industrie zu. Die Besatzungsbehörden erklären auf alle Versuche, sie auf die Gefahr aufmerksam zu machen, die aus ihren Zwangsmaßnahmen entstehen, daß sie jede Aeußerung einer Opposition und jede Manifestation gegen ihre Anordnungen mit den schwersten Strafen ahnden werden. Obwohl sie die Schutzpolizei um die Hälfte gemindert hat, fordert die Besatzungsbehörde in Duisburg von der Stadtverwaltung restlose Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung.

In diesem Zusammenhang wird noch darauf hingewiesen, daß es falsch ist, wenn Pariser und Brüsseler Blättermeldungen besagen, der Mörder des belgischen Leutnant Graf sei ein geflüchteter Schupobeamter. In Duisburg ist nicht nur keiner Behörde von solchen Ermittelungen etwas bekannt; es ist auch kein Schupobeamter flüchtig.

Lenin über Weltrevolution und Rückzugstaktik.

Die nunmehr im Wortlaut vorliegende Schlußrede Lenins auf dem Moskauer Kongreß der russischen kommunistischen Partei enthält eine interessante Stelle, die in den bisherigen Berichten nicht erwähnt worden ist. Lenin erklärte, die Erfahrungen der zweiten Periode der russischen Revolution, der Periode des Rückzuges, würden ebenso wie die der ersten Periode den Arbeitern der westlichen Länder zugute kommen; denn die künftigen proletarischen Revolutionen im Westen würden ebenfalls nicht ohne Perioden des Rückzuges verlaufen. Nunmehr, wo der Rückzug in Rußland eingestellt sei, gelte es für den revolutionären Vortrupp, an sich zu arbeiten und sich zu wandeln. Der Vormarsch könne künftig nur gemeinsam mit den Bauern vor sich gehen, d. h. sehr langsam und vorsichtig, mit tausendfacher praktischer Prüfung jedes Schrittes. Diese Erkenntnis habe sich die russische kommunistische Partei als Ganzes zu eigen gemacht.

[illegible] Vernunft oder Unternehmerinteresse.

[illegible] der frühere Wiederaufbauminister, hat in [illegible] gehalten, in der er laut „Echo National" gesagt hat: Der Versailler Vertrag hat uns die Reparationen gegeben. Um sie aber zu verwirklichen, sind enorme Schwierigkeiten zu überwinden. Deutschland muß 132 Milliarden Goldmark bezahlen, und das kann es nicht. Das liegt für uns alle auf der Hand. Deshalb habe ich das Abkommen von Wiesbaden geschlossen, denn Deutschland kann uns nur mit seiner Arbeit bezahlen. Also müssen wir Deutschland arbeiten lassen.

Diesen Aeußerungen gegenüber, in denen die Vernunft dämmert, verlangten die Industriellen Nordfrankreichs mit Rücksicht auf die Opfer der französischen Industrie „energische Maßnahmen" zur Eintreibung der Forderung an Deutschland.

Die Einigung über Oberschlesien.

Zwischen den beiden Bevollmächtigten Reichsminister a. D. Dr. Schiffer und Minister Olczowski ist eine Einigung auch über die noch übrig gebliebenen Streitpunkte erzielt worden, insbesondere über Rechtsschutz für Minderheiten und die Sprachen- und Schulfrage. Damit erübrigt sich ein Schiedsspruch Calonders.

Die französischen Bergarbeiter gegen die kommunistischen Spaltpilze.

Aus Paris wird gemeldet: Die Konferenz der Bergarbeiter des Pas de Calais hat den Tätigkeitsbericht des Bureaus mit 298 gegen 80 Stimmen bei 9 Stimmenthaltungen angenommen. Dadurch haben die Bergarbeiter zum Ausdruck gebracht, daß sie bei dem Allgemeinen Arbeiterverband (C.G.T.) zu verbleiben gedenken.

Die Bergarbeiter haben von den andern französischen Gewerkschaften gelernt. Wo bei diesen die Kommunisten die Herrschaft an sich rissen, sind sie in wenigen Monaten völlig heruntergewirtschaftet worden.

Antifranzösische Kundgebungen in Kleinasien.

London, 17. April. Der Berichterstatter der „Morning Post" in Kairo erfährt, daß in Damaskus große antifranzösische Kundgebungen erfolgten. Die Anführer wurden verhaftet. Die Bewegung breitete sich auch über Beyruth aus. Die Franzosen gingen gegen die Anführer in Damaskus mit aller Strenge vor. Mehrere Personen sollen verwundet oder getötet sein. Die Stadt wurde von 1200 Mann französischer Truppen besetzt und der Kriegszustand proklamiert.

Eine Feuersbrunst in Tokio.

Das Hotel Imperial, in dem sich Personen aus dem Gefolge des Prinzen von Wales aufhalten, der zurzeit in Japan weilt, ist Sonntag nachmittag durch eine Feuersbrunst völlig zerstört worden. Zwei Personen, unter ihnen der ehemalige griechische Konsul Militaressy, sind verbrannt.

Direkte Eisenbahnverbindung zwischen Deutschland und Sowjetrußland. Die direkte Eisenbahnverbindung mit Sowjetrußland über Königsber—Dünaburg ist wieder hergestellt worden. Auch der direkte Postverkehr auf dieser Linie ist wieder aufgenommen.

Fräulein

Ein Danziger Heimatroman

18) von Paul Enderling.

(Copyright 1920 by J. G. Cotta'sche Buchhandlg. Nachflg. Stuttgart.)

Ich suche dich.

Als Fräulein sich an den Frühstückstisch setzte, saßen Frau Görke und Thea noch daran. Meistens aß jeder aus der Familie einzeln, der alte Görke, der früh ins Geschäft ging, zuerst; dann seine Frau, dann Thea und Hermann. Fräulein kam meistens zum Schluß heran; sie mußte ja erst Werners Schulaufgaben durchsehen und Eva anziehen; und dem Mädchen helfen. Wenn sie sich hinsetzte, war der Kaffee meist kalt und der Buttervorrat bis auf einen winzigen Rest — den Anstandsrest — verschwunden.

Fräulein liebte diese Stunden dennoch. Es war eine der wenigen Gelegenheiten am Tage, wo sie allein war. Dann las sie die Morgenzeitung, die inzwischen von Julius Görke auf den Kurszettel und das Politische, von Frau Görke auf die Verlobungen und Auktionsanzeigen, von Thea auf die Romane hin durchflogen war. Das Blatt war dann zerknittert und befleckt.

Fräulein atmete dann auf. Sie war eine Viertelstunde lang sicher, daß niemand sie rief und daß man sie in Ruhe ließ.

Heute aber saßen die beiden Damen noch am Tisch, schweigend und ihr entgegenharrend, wie es schien.

„Es ist ein Brief für Sie da, Fräulein", sagte Frau Görke mit einer Stimme, die nicht ohne Schärfe war. Verwunderung, Vorwurf und Mahnung lag in der Stimme.

„Ja, ein Brief", sagte auch Thea.

Fräulein nahm den kleinen Brief auf. Er war adressiert: „An Fräulein bei Kaufmann Görke". Er war von Langfuhr gestempelt, wo die Hochschule war und wo Lothar Franzius wohnte.

Fräulein fühlte eine Röte über ihr Gesicht fliegen, als sie den Brief aufnahm. Mit zitternder Hand goß sie sich aus der Kanne ein. Sie konnte es nicht verhindern, daß der Kaffee überlief auf die rotgeblümte Tischdecke. Frau Görke schrie etwas auf.

Fräulein wagte nicht aufzusehen. Aber sie fühlte die Blicke der beiden Damen inquisitorisch auf sich gerichtet. Keine sagte etwas. Aber lag in ihrem Schweigen nicht deutlicher, als es in Worten hätte sein können, die Frage: Wie kommst du dazu, dir Briefe schreiben zu lassen? Wie kommst du dazu, ein anderes Leben neben dem zu leben, für das du Kost und Lohn von mir bekommst?

Frau Görke sprach mit erzwungen gleichgültiger Stimme zu Thea von Schuhen und Torten. Fräulein hörte ihre Stimme wie aus einer weiten Ferne: neben ihr lag der Brief, den sie vor den anderen nicht zu öffnen wagte.

Einen Augenblick sah sie Thea an. Aber sie bemerkte in ihrem Blick etwas Fremdes, fast Feindliches, das sie sich nicht zu deuten wußte. Was war denn nur geschehen?

Endlich standen beide auf und gingen hinaus. Von der Türe hörte sie Theas Stimme: „Nun wird Fräulein wohl den Brief lesen." Und ein hartes Lachen klang vom Flur herüber.

Fräulein traten die Tränen in die Augen. Was wollten sie von ihr? Warum ließen sie ihr nicht den kleinen Bezirk, in dem sie — sie selbst war?

Schnell öffnete sie den Brief. Lothar Franzius schrieb:

„Liebes Fräulein! Hier stock' ich schon, wer hilft mir weiter fort? Ich weiß nicht einmal Ihren Namen. Ich weiß weder Vor- noch Familiennamen. Haben Sie überhaupt einen? Oder hießen Sie von Anbeginn an „Fräulein"? Wenn Sie wüßten, wie oft mich dieses Unpersönliche schon geärgert hat, womit die Unpersönlichen Sie bedenken. Mein Examen ist morgen beendet. Es wird gut ausfallen, trotzdem ich gebüffelt habe. In acht Tagen reise ich fort. Nach Berlin. Bis dahin bin ich jeden Vormittag von zehn bis zwölf vor und in dem Franziskanermuseum und warte auf Sie, um mich von Ihnen ergebenst zu verabschieden. Warum ich es nicht bei meinen lieben Verwandten tue, wissen Sie ja. Nicht wahr, Sie tun mir die Freude und kommen? Wenn Sie wollen, läßt es sich schon einrichten. Man kann alles, was man will (— außer in der Kunst).

Auf Wiedersehen!

Ihr

Lothar Franzius."

Fräulein hatte gewußt, was der Brief enthalten werde, und dennoch erschrak sie jetzt. Wie konnte sie sich mit ihm treffen, hier, wo sie keinen Schritt ohne Erlaubnis aus dem Hause kam, hier, wo sie auf der Straße bei jedem Schritt einen Bekannten treffen konnte? Ahnte er nichts von ihren Schwierigkeiten Ahnte er nicht, welchen Peinlichkeiten er sie aussetzte?

Sie sah sich schon überrascht, zur Rede gestellt und schmählich entlassen. Und dann? dann? Eine neue Stellung suchen? O, sie dachte mit Grauen an das Spießrutenlaufen, an die unverschämte Musterung ihrer Person, an die Frage nach dem Warum und Wieviel. Jede Frage war ihr wie ein Rutenstreich auf offenem Markt. Nein, das konnte sie nicht riskieren.

Aber dann fielen ihre Blicke auf den Schlußsatz: „Man kann alles, was man will (— außer in der Kunst)." Sie wußte gut, worauf Lothar Franzius mit den letzten Worten anspielte. Er hatte Maler werden wollen und auf den Kunstakademien Berlin, München, Stuttgart durchaus studiert mit heißem Bemühn. Eines Tages, als er durch eine Ausstellung ging und diese Ueberfülle von Namen sah, hinter denen sich so viele hoffnungslos ringende Talente und Halbtalente verbargen, sah er das Aussichtslose seines Kampfes ein. Und er empfand es plötzlich lächerlich, seine besten Jugendjahre hierbei zu verpuffen, wo man so wenig durch Werkarbeit und so viel durch das unverdiente Geschenk der Begabung oder eines Zufalls erzielen konnte. Er sah die Grenzen seines Könnens nur zu gut und packte noch am selben Tage seine Bilder zusammen in eine hübsche alte Bauerntruhe, die er mal am Ammersee erhandelt; die Rahmen schenkte er einem hungernden Kollegen. Dann hatte er, anfangs in erbittertem Kampf gegen viele innere Hemmungen, dann mit Ruhe, endlich mit der Befriedigung stufenweise erreichter Ziele studiert und war jetzt fertig. „Man kann alles, was man will (— außer in der Kunst)."

Wie ihn Fräulein bei diesem Satz erkannte! Sie sah ihn deutlich, wie er beim Schreiben ausgesehen hatte: ein leichtes Stirnrunzeln, ein Zucken um den scharfgeschnittenen Mund und ein energisches Zurechtrücken des Nackens.

Wie männlich war Lothar Franzius! Um wieviel älter wirkte er als zum Beispiel Hermann, der doch nur zwei Jahre jünger war! Fräulein atmete tief auf. Lothar Franzius mußte ein guter Führer durch den verschlungenen Irrgarten des Lebens sein.

(Fortsetzung folgt.)

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 90 | Dienstag, den 18. April 1922 | 13. Jahrgang

Danziger Nachrichten.

Der Sechs-Uhr-Ladenschluß.

Im ganzen Freistaat ist der Ladenschluß auf 7 Uhr abends festgesetzt worden. Die Organisationen der Handelsangestellten sind nun beim Senat vorstellig geworden und haben beantragt, daß der Ladenschluß auf 6 Uhr festgesetzt werde. Das Polizeipräsidium hat in einer Sitzung die Vertreter der Organisationen der Prinzipale und die der Verbraucher um ihre Stellungnahme befragt. Eine unbedingte Ablehnung oder Zustimmung zum Sechs-Uhr-Ladenschluß erfolgte von keiner Seite. Die Zigarrenhändler wiesen darauf hin, daß sie unter der Konkurrenz der Gastwirte und Selterbuden zu leiden hätten. Und sogar in Kinos würden jetzt Zigaretten und Zigarren verkauft. Die Kolonialwarenhändler wollten jedenfalls am Sonnabend bis 7 Uhr den Laden offenhalten dürfen. Allgemein war man der Ansicht, daß es sich wenigstens zunächst nicht empfehlen würde, den Sechs-Uhr-Ladenschluß allgemein durch Gesetz einzuführen. Es könne nur in Frage kommen, die Polizeibehörde zu ermächtigen, dies allgemein oder für gewisse Branchen zu tun. Von seiten der Verbraucher wurde darauf hingewiesen, daß sich der Mittagsladenschluß unangenehm erwiesen hat. Eine Erleichterung für die Käufer wäre es, wenn alle Läden mittags zu gleicher Zeit schließen würden. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Das Betreten eines bestellten Ackers.

Drei Arbeiter in Langenau gingen dort auf einem Fußsteige, der bereits seit vielen Jahren benutzt wurde, den der Besitzer des Ackers aber umpflügte, besäte und dessen Betreten er untersagte. Der Besitzer des Ackers traf die drei Arbeiter beim Beschreiten des Fußsteiges und es kam zu einem Zusammenstoß. Das Schöffengericht und die Berufungsstrafkammer verurteilten die drei Angeklagten auf Grund des § 368, 9 StGB. wegen Betretens eines bestellten Ackers zu je 60 Mk. Geldstrafe. Die Angeklagten legten Revision ein und machten geltend, daß sie befugt gewesen seien, den Fußsteig zu begehen. Das Obergericht hob das Urteil auf, verwies die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an die Berufungsstrafkammer zurück. In der Entscheidung des Obergerichts wird folgendes ausgeführt: Hinsichtlich der Verurteilung der Angeklagten bedurfte es zunächst einer Prüfung, ob die Angeklagten objektiv unbefugt über einen bestellten Acker gegangen sind. Die Begründung, mit der die Strafkammer das Vorliegen dieses Tatbestandsmerkmals bejaht hat, kann in dieser Allgemeinheit nicht für zutreffend erachtet werden. Aus dem Umstande allein, daß es sich um einen bestellten Acker im tatsächlichen Sinne handelte, durfte die Unbefugtheit des Beschreitens schon deswegen nicht gefolgert werden, weil das Gesetz dieses Tatbestandsmerkmal als ein selbständiges neben dem des Beschreitens bestellter Aecker aufstellt, mithin die Möglichkeit voraussetzt, daß ein solches Beschreiten auch befugter Weise stattfinden kann. Das würde insbesondere auch dann der Fall sein, wenn jemand einen öffentlichen oder einen auf Grund einer Wegegerechtigkeit bestehenden Weg unbefugt überpflügt und besät und so zu einem bestellten Acker in tatsächlicher Beziehung gemacht hätte. Trotz der im Strafverfahren zweifellos bestehenden Beweisschwierigkeiten durfte die Strafkammer sich deshalb einer Prüfung des von den Angeklagten erhobenen Einwandes nicht entziehen, daß sie berechtigt gewesen seien, ihren Weg über das Grundstück zu nehmen. Außerdem ist das Vorliegen des subjektiven Tatbestandes nicht ausreichend festgestellt. Wie allgemein anerkannt ist, setzt die Uebertretung des § 368, 9 StGB. eine vorsätzliche Begehung voraus, so daß auch das unbefugte Betreten eines bestellten Ackers nicht strafbar ist, wenn der Täter das Fehlen seiner Befugnis nicht kennt, ohne daß es darauf ankommt, ob die Unkenntnis auf Fahrlässigkeit beruht. Die Feststellung der Strafkammer, es hätte den Angeklagten die Oeffentlichkeit des Fußsteiges zum mindesten zweifelhaft erscheinen müssen, ist nicht geeignet, eine Verurteilung wegen der bezeichneten Uebertretung zu begründen, selbst wenn der objektive Mangel einer Befugnis bedenkenfrei festgestellt wäre.

Aenderung im Sturmwarnungssystem. Vom 1. April ab sind für die Deutsche Küste Aenderungen in dem Signalsystem der Sturmwarnungen eingetreten, die auch von Danzig übernommen sind und sofort in Kraft treten. Zunächst werden die Sturmwarnungen, wie früher, nur noch dann erlassen, wenn mindestens Windstärke 8 zu erwarten ist. Dabei wird das Signal „2 Kegel mit der Grundfläche gegeneinander gekehrt" als Warnung vor einem Sturm, dessen Richtung nicht angebbar ist, neu eingeführt. Das bisherige Signal für die athmosphärische Störung mit dem „Signalball" wird als Sturmwarnung nicht mehr gegeben. Da Kleinschiffahrt und Fischerei jedoch großen Wert darauf legen, auch weiterhin schon vor Winden von den Stärken 6 und 7 gewarnt zu werden, wird der bisher für die athmospärische Störung benutzte Signalball als „Windwarnung" gesetzt, wenn ein Auffrischen des Windes auf Stärke 6 bis 7, gleichviel aus welcher Richtung, zu erwarten ist. Ein Nachtsignal als Windwarnung wird nicht gezeigt.

Der Sozialdemokratische Verein Danzig, 8. Bezirk (Niederstadt) hielt am Donnerstag seine Mitgliederversammlung ab. Genosse Fooken referierte über: „Wege zum Sozialismus". Der Redner verstand es in seinem 1½ stündigen Vortrage, die Uebergänge von der sozialistischen Theorie zur Praxis, ausgehend von dem Urkommunismus der ersten Christen, bis auf die Bestrebungen der Konsum- und Produktivgenossenschaften der Gegenwart zu schildern. In der heutigen Produktionsweise seien die Keime für die Sozialisierung, für die gesamte Weltwirtschaft enthalten. Aufgabe der Arbeiterschaft muß es sein, diese Keime zu fördern. Die lebhafte Diskussion klang dahin aus, daß es Ehrenpflicht jedes Parteimitgliedes sein müsse, eine lebhafte Agitation unter der gesamten Bevölkerung zu entfalten, damit die Grundgedanken der Sozialdemokratie in weitesten Kreisen Eingang finden. Zum Schluß wurde noch über die diesjährige Maifeier gesprochen und jedes Mitglied aufgefordert, für eine gute Beteiligung zu sorgen.

Der amtliche Vorverkauf von Eisenbahnfahrkarten, Bettplätzen und Platzkarten, findet seit dem 1. April statt: Im Reisebureau des Norddeutschen Lloyd, Hohes Tor, zwischen Danziger Hof und Reichsbank, Telefon Nr. 1777. Im Reisebureau Baltropa, Grünes Tor, Telefon Nr. 1736. Im polnischen Reisebureau Orbis, Heilige Geistgasse 134, Telefon 6275. Das Reisebureau des Norddeutschen Lloyd und Baltropa haben außerdem den Verkauf der Fahrscheine des Mitteleuropäischen Reisebureaus (Rundfahrscheinhefte und Rückfahrkarten mit 60tägiger Gültigkeit).

Das Preisausschreiben des Senats.

Wir Danziger sind von unserem hohen Senat sicherlich nicht verwöhnt und wundern uns nur noch selten, wenn er eine, oder richtiger gesagt, keine Dummheit gemacht hat. Wenn das Preisausschreiben bezüglich der Vorschläge zur Verwaltungsreform auch nur eine dieser Dummheiten wäre — oder handelt es sich nur um einen verspäteten Aprilscherz des Senats — könnte und sollte man stillschweigend darüber hinweggehen, nachdem sie als solche registriert worden ist. Leider ist es diesmal nicht nur keine Dummheit, sondern eine Bosheit und außerdem Schwindel. In der Stadtverordnetenversammlung und im Volkstage ist die Notwendigkeit einer durchgreifenden Verwaltungsreform wiederholt dargelegt worden nicht nur von der Linken sondern auch von den Regierungsparteien. Im Senat selbst ist man sich längst klar, daß die Klagen berechtigt sind, weil eine Senatsabteilung gegen die andere regiert, die technische Maschinerie auch nicht klappt und eines Tages eine Schweinerei droht, die sehr nach Zusammenbruch des ganzen Klappmanismus aussehen dürfte.

Was tun?, sagt Zeus. Der Senat wird sich hüten, etwas Durchgreifendes zu tun. Daß er es nicht könnte, das zu glauben, ist barer Unsinn, den man einem Teil der bürgerlichen Steuerzahler, aber uns nicht zumuten sollte. Wenn der Senat und seine oberen, nachgeordneten Beamten nichts verstehen, eins verstehen sie aber aus dem ff, nämlich die sogen. Verwaltung. Da sind sie alle mit allen Wassern gewaschen und mit allen Hunden gehetzt, wie man zu vergleichen und zu sagen pflegt. Bei der Mehrzahl der akademisch gebildeten Beamten ist die Verwaltungskenntnis eigentlich oft das einzige was sie gründlich verstehen. Deshalb kennen sie fraglos auch alle Fehler und Fehlerquellen dieser Verwaltung und die Mittel zur Reorganisation und sonstigen Abhilfe. Mindestens weiß das jeder dieser Herrn für den Kreis seiner Verwaltung. Es wird aber auch einige Herren geben, die einen allgemeinen Ueberblick über die Gesamtverwaltung beherrschen und deren Schwächen kennen und die nötige Abhilfe vornehmen könnten. Diese kämen für das Preisausschreiben tatsächlich in Frage, wenn es ernstlich aufzufassen wäre. Dann sollte aber doch der Teufel dreinschlagen, wenn diese Beamten, die sich sonst immer auf ihre Beamtentreue und Beamtenehre berufen, statt ihre Pflicht und Schuldigkeit zu tun, erst 5000 Mark Preishonorar brauchen, ehe sie mit ihrer Weisheit herausrücken. Das Preisausschreiben beschmutzt also schon grundsätzlich den oberen Beamtenstand mit dem Angebot des lockenden Goldes — oder der verächtlichen Lappen —, wenn der Senat etwa auch jetzt noch den Mut findet, uns die Ernsthaftigkeit seines Preisausschreibens einreden zu wollen. Man kann nunmehr wirklich gespannt sein, ob sich außer Spaßvögeln und Dummköpfen, die beide natürlich nicht fehlen werden, auch noch ernsthafte Bewerber melden werden. Für sie wäre das Disziplinarverfahren und Prangerstehen die richtige und einzig würdige Preiskrönung. Das wissen diese Leute aber ebenfalls, und darum wird man sie mit der Laterne suchen, aber nicht finden können. Das wußte aber auch der Senat und besonders derjenige Pfiffikus, der dies Unikum von Preisausschreiben ausgeheckt hat und diejenigen, die es im Senat durchgesetzt oder auch nur durchschaut und stillschweigend geduldet haben. Der Senat will aber nicht reformierend, denn das hieße glatt nichts anderes, als Beamtenverminderung, also Selbstmord, sicher aber Amputation von Gliedern, die der Senat nicht entbehren darf und will. Beamtenverminderung hätte eine Flut von Protesten der Betroffenen, d. h. der ganzen Beamtenschaft, da keiner weiß, ob auch er nicht nachher zu den Geflogenen gehören könnte, sowie ferner gebracht, daß einstweilen die ganze Maschinerie leicht ins völlige Versagen geraten wäre. Man geht nicht zu weit, wenn man behauptet, daß derjenige Senat heute zum sofortigen Abtritt gezwungen sein würde, der eine auf Beamtenminderung hinauslaufende Reform vornehmen wollte. Eine andere gibt es aber überhaupt und auch, wie aus dem Wortlaut des Ausschreibens ersichtlich ist, noch nicht. In diesem Punkte läßt also der Beamte sicher nicht mit sich spaßen, das weiß auch der Senat am besten. Deshalb fehlt ihm die Courage zur Reform und sucht er sich nach außen den Anschein zu geben, als sei er guten Willens zu reformieren und erbitte dazu die Mitarbeit seiner getreuesten Untertanen, der Beamtenschaft.

Wer auch nur einigermaßen die Verwaltung mit ihren Vorzügen und Fehlern kennt, der hört ordentlich die alten Aktenschränke kichern und prusten, wenn er das Preisausschreiben liest. Gerade das Preisausschreiben ist ein Verwaltungstrick, wie er genialer kaum gedacht werden kann, um den Senat vor dem blöden Teil der bürgerlichen Mehrheit, soweit sie nicht deutschnational ist, zu rechtfertigen. Ein wirklich tüchtiger Verwaltungsmensch wußte und weiß sich stets zu helfen, der hatte nicht einmal Angst oder nur Respekt vor der Revolution, die lediglich an dem Lebenselement des preußischen höhern Beamtentums, dem Bureaukratismus, soweit gescheitert ist, als es diesem Bureaukratismus in seinem Interesse — ein anderes kennt er nämlich überhaupt nicht, wenn er es auch fälschlich Staatsinteresse nennt — gefiel. Also, der Senat wollte nicht, wenn er es auch könnte und sollte; aber er dürfte auch nicht. Er ist nach Schwegmanns Rütlischwur auf dem deutschnationalen Parteitag „fest in der Hand der deutschnationalen Partei". Wer aber hätte parteipolitisch einen, vielleicht sogar den Schaden von der Verwaltungsreform zu erwarten? Vor allem sicher die deutschnationale Partei. Sie wird sich hüten und ihrem Senat gestatten, durch solche Beamtenreform eine Schwächung der Partei durch Abschieben von Beamten nach Deutschland oder in den vorzeitigen Ruhestand sowie durch Verärgern der übrigen Beamtenschaft infolge Verschlechterung der Aufstiegsmöglichkeiten vorzunehmen. Das wäre aber auch ein Futterchen für die deutschnationale Parteisippe gewesen, wenn der Senat die Reform eingebracht hätte; die deutschnationale Partei hätte sofort die Abwehr organisiert und Gelegenheit gehabt, die von ihr gelegentlich der Besoldungsvorlagen sehr verärgerte mittlere und untere Beamtenschaft wieder an die Strippe zu bekommen. Die übrigen Regierungsparteien hatten deshalb das Interesse, den Deutschnationalen nicht eine solche günstige Agitationsgelegenheit zu geben und hatten außerdem teilweise auch sonst

Ein tragisches Jubiläum.

Am 14. April waren zehn Jahre verflossen, seitdem der Dampfer „Titanic" infolge eines Zusammenstoßes mit einem schwimmenden Eisberg im Atlantischen Ozean sank und auf offener See eins der grausamsten Massengräber hinterließ, die die Geschichte kennt. In jener Zeit hatte man in der Nähe von Grönland zahlreiche schwimmende Eisberge gefunden, und mit Rücksicht darauf hatte man es auch nicht unterlassen, die White-Star-Linie von dieser Gefahr zu benachrichtigen. Funkentelegramme wurden an Bord der „Titanic" aufgefangen, die die Nähe ungeheurer Eismassen ankündigten; aber der Kapitän Smith vertraute wohl allzusehr der Unsinkbarkeit seines Schiffes. Auch wurde er von zahlreichen Passagieren ermuntert, mitten in das Feld der Eisberge hineinzufahren, weil der märchenhafte Anblick, der sich den Beschauern bot, ein kleines Abenteuer wert schien. So fuhr Smith mit Volldampf in das gefährdete Gebiet hinein. Zwanzig Minuten vor Mitternacht stieß das Schiff mit einem Eiskoloß zusammen, der gleich darauf in der Nacht verschwand, Tod und Vernichtung hinter sich lassend. Ein furchtbarer Stoß wirkte zunächst lähmend auf die Passagiere des Schiffes, wo es in den glänzend erleuchteten Sälen in jener Nacht hoch herging. Dann stürzte alles an Deck, während die Schiffsbesatzung die Schotten zu schließen versuchte, die die „Titanic" schwimmend erhalten sollten. Zum Glück hatte man vermocht, im letzten Augenblick ein paar Rettungsboote klar zu machen, und nun begann ein furchtbarer Kampf um einen Platz in diesen Booten, die wie Nußschalen dem unruhigen Ozean ausgesetzt waren. 2206 Menschen waren an Bord des Schiffes gewesen, nicht weniger als 1503 mußten ihr Leben lassen. Frauen und Kindern ließ man bei der Rettungsaktion den Vortritt, die Männer mußten auf dem sinkenden Schiff zurückbleiben und mit in die Tiefe sinken. Auch Frauen fanden den Tod, die sich von ihren Gatten nicht trennen wollten. Es war wenige Minuten nach 2 Uhr nachts, in der Nähe der großen Neufundlandsbank, als das großartigste Schiff der Welt zur Tiefe fuhr. Ein schauriges Symbol irdischer Vernichtung.

Ein neues Mittel gegen die Seekrankheit. Einspritzungen als Vorbeugungsmittel gegen die Seekrankheit sind heute auf allen transatlantischen Dampfern die große Mode. Die dabei benutzte Lösung ist eine Mischung von Strychnin und Antropin, und die Passagiere beiderlei Geschlechts sollen diese Behandlung jedem andern Mittel vorziehen. Die Strychnin-Antropin-Einspritzung besänftigt und kräftigt das ganze Nervensystem und ist, wie man behauptet, ganz dazu angetan, Muskeln und Magen unter Kontrolle zu halten.

Lotsenkabel für Häfen. Um die Leitung von Schiffen in den Ein- und Ausfuhrkanälen großer Häfen bei Nacht oder Nebel sicher und unabhängig von Lotsen zu machen, sind in ausländischen Häfen seit einiger Zeit Lotsenkabel nach einer Erfindung des französischen Ingenieurs Loth verlegt worden. Diese werden von Wechselstrom durchflossen, dessen schwingendes Feld eine Reihe im Schiffsrumpf angeordneter Fernhörer zum Ansprechen bringt, aus deren Vergleich die Lage des Schiffes zum Lotsenkabel festgelegt und dieses genau über jenen gehalten werden kann. Auf der Reede von Cherbourg und im Hafen von Newyork sollen sich die Lotsenkabel sehr gut bewährt haben.

Geographische Entdeckungen durch Flugzeuge. Die kanadische Regierung hat neuerdings Flugzeuge benutzt, um große, bisher noch nicht vermessene Gebiete des Landes kartographisch aufzunehmen. Dabei ist es, nach einer Mitteilung des „Luftweg", gelungen, eine ganze Reihe völlig unbekannter Seen und Flüsse zu entdecken. Auch konnte an dem Absterben der Vegetation deutlich bemerkt werden, wo Oelquellen vorhanden waren, und wie die Zugangsstraßen zu diesen, sowie auch zu wertvollen Nutzholzwaldungen am zweckmäßigsten anzulegen wären.

Der Urwald von Bialowies als Naturschutzpark. Die polnische Regierung hat die große Bedeutung des Naturschutzes nun auch erkannt und das Sumpf- und Waldland von Bialowies auf eine Ausdehnung von 4000 Hektar als polnischen Naturschutzpark erklärt. 800 Hektar werden der Natur völlig überlassen, während der Rest sich noch eine gewisse Durchforstung usw. gefallen lassen muß. Davon sind allerdings noch etwa 150 Hektar reinen Kiefernwaldes im Süden des Schutzgebietes ausgenommen. Auch dort will man der Natur ganz freien Lauf lassen. Der Urwald besteht überwiegend aus Laubhölzern, ist wild und dicht und deshalb als Zufluchtsstätte für allerlei Getier außerordentlich geeignet. Der Urwald war schon unter der Russenherrschaft eine Art Naturschutzpark, denn die Russenkaiser hegten dort bekanntlich Wisente, die außerdem in Europa nur noch in den kaukasischen Hochtälern vorkommen.

politischen Interessen, wie die Deutschnationalen, weil ein Teil der oberen Beamtenschaft zu ihrem Interessentenkreis gehört, zu der deutschen Krant- und Rübenpartei, die allerdings schon in der Agonie liegt, und der Zentrumspartei, die ihren festen Stamm haben dürfte, von wegen Kanzel, Beichtstuhl und so. Das erklärt ausreichend, warum der Block in dieser Angelegenheit sich einig sein konnte und tatsächlich einig war, um das Preisausschreiben loszulassen.

Wenn der Senat und die Bürgerschaft aber glauben, wir könnten das, was wir hier schreiben, nicht auch belegen, dann ist man dort sehr im Irrtum. Deshalb erlauben wir uns einige Stichproben schon heute zu unterbreiten, die beliebig vermehrt werden könnten. Ist es z. B. dem hohen Senat, insbesondere der Justizverwaltung wirklich unbekannt, daß wir in den Zivilkammern des Landgerichts nicht mehr genügend Arbeit haben und deshalb andauernd Sitzungen ausfallen müssen. Wer will es bestreiten, daß mindestens aus drei Kammern zwei gemacht werden könnten, d. h. auf drei Kammern eine ausfallen sollte, damit zwei Kammern — ohne sich zu überanstrengen — soviel Arbeit haben, um wenigstens gewohnheitsgemäß zu sitzen. Das gilt einschließlich der Vorbereitungsarbeiten, Nebenarbeiten und Abfassen der Urteile usw. Durch die hohen Gerichts- und Anwaltskosten vermindern sich glücklicherweise die Prozeßwut und die Arbeit der Zivilgerichte ganz deutlich merkbar. Manche kleinen Rechtsanwälte stöhnen schon, so haben die „Verbesserungen der Gebührenordnung" gewirkt. Die Herren Richter sind aber, bis auf wenige Ausnahmen, stramm deutschnational, daher bleiben sie, sagt Herr Ziehm und Herr Sahm, Schlimmer und Frank nicken gern dazu. Wurst, wieder Wurst!

Bei dieser Gelegenheit erinnert man sich einer kleinen, niedlichen Geschichte, die in einem mitteleuropäischen Ländchen — Taschenformat wie Danzig — kürzlich passiert sein soll und nicht verheimlicht zu werden braucht. Da war es also passiert, daß der höchste Richter es eilig hatte, als eine Gehaltsaufbesserung in Aussicht stand, und daß er sich bescheidenerweise gleich bei der ersten passenden Gelegenheit das aufgebesserte Gehalt zahlen ließ. Es kam nun auch damal anders, als man denkt. Die Aufbesserung wurde nicht Gesetz und der böse Kassenmann verlangte sein zuviel gezahltes Geld zurück. Welcher hohe Beamte, noch dazu Jurist, zahlt schnell zurück? Die Herren von der Opposition sagten im Ausschuß des Staatsparlaments, es müsse zurückgezahlt werden. Der Herr Justizminister drehte und bog sich in allen Windungen. Schließlich behauptete er keck folgendes: Der oberste Landesrichter habe das Gehalt im guten Glauben erhoben und brauche deshalb nicht gleich auf Wunsch damit herauszurücken. Wenn man ihn aber verklagen wollte, so wäre das sicher erfolglos, denn — nun komm! es — niemand werde doch glauben, daß das oberste Gericht als letzte Instanz seinen eigenen Chef verurteilen würde. Bastal Unser Justizsenator wäre zu klug, um so etwas zu sagen, und unsere Danziger Richter würden sich trotz alledem und alledem so etwas nicht bieten lassen. Aber irgendwo in Mitteleuropa soll das vorgekommen sein. Näheres erfrage man bei der Redaktion dieses Blattes, heißt ein alter Satz.

Noch ein Pröbchen: Wir haben hier auch ein Erbschafts-Steueramt mit zwei akademischen, oberen Beamten, einem Sekretär und dem Tipp-Personal. Im letzten Steuerjahr hat das Amt 47 000 Mark Einnahme gehabt. Was mögen die Beamten kosten und wieviel zahlen die nichterbenden Steuerzahler zu, damit dieses Amt in dem unnötigen Umfange erhalten bleibt? Vielleicht läßt sich der Steuerdezernent das mal ausrechnen. Dazu braucht man aber kein Preisausschreiben, um derartige Aemter, die bei der Etatsaufstellung doch ins Auge fallen, zu reformieren. Die zwei Herren oberen Beamten sind aber zuverlässige Stützen von Thron und Altar, folglich bleiben sie und unterschreiben abwechselnd, was der Sekretär expediert hat und allein, ohne sie erledigen, d. h. unterschreiben würde.

Zum Schlusse — nächstens kommt mehr, denn die Zuschriften fliegen uns genügend zu — noch diese ernste Mahnung an den hohen Senat: Zukünftig nicht etwa zu glauben, daß wir uns seine Dummheiten und gar seine Bosheiten ebenso gefallen lassen, wie seine Lakaienblätter, die bestenfalls bißchen glossieren, die Sandstreuerei in die Augen der bürgerlichen Steuerzahler aber mitmachen. Im übrigen kann sich der Senat natürlich nach Herzenslust mit dem Preisausschreiben weiter blamieren, so gut es ihm gelingt. Uns freut das nur und wir wollen doch auch mal unsere Freude haben.

Abgeordneter Otto Woelk.

Die Zahl der Fremden in Danzig beträgt insgesamt 1743, davon aus Polen 1002, Deutschland 423, Amerika 80, Litauen 30, Rußland 24, Dänemark 14, England 13, Lettland 2, Schweden 10, Frankreich 9, Tschechoslowakei 8, Norwegen 6, Holland 5, Memel 5, Belgien 4, Bulgarien 4, Schweiz 4, Ukraine 4, Griechenland 3, Oesterreich 3, Italien 2, Estland 1, Irland 1, Rumänien 1, Spanien 1.

Aus dem Osten.

Schlawe. Der „zarte" Empfang. Nicht ungestraft wandelt man hier zu nachtschlafender Zeit auf verbotenen Liebespfaden. Das erfuhr zu seinem Leidwesen ein Beamter. Als er zu nächtlicher Stunde an das Fenster seiner Angebeteten klopfte, erschien statt dieser ihr Vater und stieß dem verliebten Nachtwandler so stark vor den Kopf, daß er zu Boden taumelte und das Aufstehen vergaß. Schließlich gelang es, ihn wieder auf die Beine zu stellen und zur Feststellung seiner Personalien auf die Polizeiwache zu bringen.

Greifswald. 200 000 Mk. Geldstrafe wegen Steuerhinterziehung. Nach einer Bekanntmachung des Greifswalder Finanzamtes wurde der Kaufmann Wilhelm Schwartz, Inhaber der Fa. Ewer u. Co., wegen Steuerhinterziehung zu einer Geldstrafe von 199 219 Mark sowie zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt.

Köslin. Einstellung des Straßenbahnverkehrs beabsichtigt. Das Elektrizitätswerk beabsichtigte, den Fahrpreis auf 1 Mark für eine Teilstrecke der Stadtbahn und auf 2 Mark für eine Teilstrecke der Strandbahn festzusetzen. Die Stadtbahn erfordert einen Zuschuß von ¾ Millionen Mark, der durch eine Strompreiserhöhung gedeckt werden sollte. Die Etatsberatungskommission glaubt diese Erhöhung der Allgemeinheit nicht aufbürden zu können und entschloß sich, für die Einstellung des Stadtbahnbetriebes zu stimmen.

Köslin. Tragödie einer unehelichen Mutter. Ein Dienstmädchen aus Leckow wurde Mutter. Der Vater des Kindes kümmerte sich weder um das Mädchen, noch um sein Kind. Alle Bemühungen, das Kind irgendwo in Pflege zu geben, waren vergeblich. Die verzweifelte Mutter legte dann das Kind abseits von einer Chaussee nieder und entfernte sich. Das Kind wurde später als Leiche aufgefunden. Das Kösliner Schwurgericht erkannte auf eine Zuchthausstrafe von 5 Jahren. Die Geschworenen haben ein Gnadengesuch für die Angeklagte unterschrieben.

Pollnow Pomm. Aus grauem Altertum. In der Nähe des Niedersees bei Schmow wurde von einiger Zeit ein wendisches Gräberfeld entdeckt, das nach der Schätzung von Sachverständigen etwa tausend Jahre alt ist. Es erstreckt sich über eine Fläche von fast zwei Morgen. Da derartige Gräber eine Seltenheit und darum wert sind, der Nachwelt erhalten zu bleiben, hat der Kreis Schlawe die Stätte angekauft und unter den Heimat- und Naturschutz gestellt.

Stettin. Mord oder Selbstmord. Ein aufregender Vorfall ereignete sich in der vergangenen Nacht auf der Baumbrücke. Dicht sprang ein junges Mädchen, das sich in Begleitung zweier Männer befand, in die Oder. Trotzdem sofort Rettungsversuche angestellt wurden, war es nicht möglich, das Mädchen zu retten. Es ertrank. Die beiden Begleiter suchten sich schnell zu entfernen. Es gelang jedoch später, den wohnungs- und beschäftigungslosen Seemann Roman Chragg als einen der Begleiter des Mädchens wiederzuerkennen und zu verhaften. Er bestritt das Mädchen zu kennen.

Königsberg. Weiblicher Gewerbeinspektor. Bei dem Preußischen Gewerbeaufsichtsamt I in Königsberg ist seit dem 1. April d. J. neben sechs männlichen Aufsichtsbeamten eine weibliche Gewerbeaufsichtsbeamtin, Fräulein Stachowitz, angestellt worden. Zu dem Aufgabenkreis dieser Beamtin gehört insbesondere die Ueberwachung der Gewerbebetriebe in bezug auf den Schutz der Arbeiterinnen, Hausarbeiterinnen und Kinder.

Königsberg. Kommunistische Streikpropaganda unter den Landarbeitern. Die Zentrale der KPD., Abteilung Land, hat an ihre Vertrauensleute Rundschreiben versandt, durch die unter den Landarbeitern in Pommern, Mecklenburg, Mitteldeutschland und Ostpreußen ein großer Landarbeiterstreik entfesselt werden soll. Um das Ziel zu erreichen wird der Wahrheit zuwider in den Rundschreiben behauptet, daß die bisher abgeschlossenen Tarife zum Abschluß gebracht worden seien, ohne die Landarbeiter zu befragen.

Landsberg. Von wildernden Hunden zerrissen. In der Nähe der Ortschaft Kaphengstchen (Gutsverwaltung Hirschgarten) wurden an der Neppen-Drossener Chaussee nicht weniger als achtzehn Damhirsche von wildernden Hunden zerrissen.

Memel. Todessturz aus der Luftschaukel. Die Unsitte des wilden Schaukelns auf den „amerikanischen Luftschaukeln" hat in Memel ein Opfer gefordert. Der 15 Jahre alte Maurerlehrling Robert Jakubeit hatte zusammen mit einem Freund eine Fahrt auf dieser Schaukel unternommen. Um das Schiff schnell in große Schwingungen zu versetzen, stellte sich J. auf den Rand des Schiffes, während sein Freund auf dem Sitzbrett stand. Als sich die beiden in ziemlicher Höhe befanden, wollte J. seine Stellung verändern. Er glitt jedoch dabei aus und fiel rücklings aus dem Schiff. Er blieb jedoch unglücklicherweise mit einem Fuß an der Gondel hängen und schlug so mit dem nach unten hängenden Kopf mehrmals gegen den Bremsplatz auf. Der Verunglückte konnte nur tot geborgen werden.

Volkswirtschaftliches.

Warum die Textilwaren so teuer sind. Breite Volkskreise gehen in Lumpen. Große Schichten des sogenannten gebildeten Mittelstandes laufen fadenscheinig herum, weil der Ankauf neuer Bekleidung für sie ein Ding der Unmöglichkeit ist. Aber die Textilunternehmungen, Spinnereien, Webereien, Färbereien schwimmen in Millionen. Trotz raffiniertester Bilanzverschleierungen, unheimlicher heimlicher Reserven, fabelhafter Abschreibungen und märchenhafter Reservefonds und Gratisaktien werden wahre Wucherdividenden ausgeschüttet. So verteilen fast alle Spinnereien 25 bis 40 Prozent Dividende. Teilweise sogar noch mehr. Z. B. Kammgarnspinnerei Meerane, Kammgarnspinnerei Wernshausen A.-G., Kammgarnspinnerei Schedewitz A.-G., je 50 Prozent; Geraer Strickgarnfabrik Feistkorn A.-G., Thür. Wollgarnspinnerei A.-G., Leipzig, je 60 Prozent und die Baumwollspinnerei Bayreuth, erst neu gegründet sogar 185 Prozent. Wenn sich jemand demnächst alle eine lumpige Hose für 1500 Mark oder einen Anzug für 8000 Mark kaufen muß, so tue er das in dem tröstlichen Bewußtsein, das zu Nutz und Frommen der armen Textilaktionäre zu tun.

Ausfuhr deutscher Fische nach dem Ausland. Infolge der Aufhebung des Ausfuhrverbotes für frische Seefische werden ungeheure Mengen von frischen Fischen von deutschen Fischdampfern nach den holländischen Häfen gebracht. Allein in Ymuiden wurden in den letzten vier Wochen über zwei Millionen Pfund Seefische auf dem Seewege aus Deutschland angeliefert. **Die Zufuhren an die deutschen Fischhandelsplätze werden natürlich geringer, und die Preise halten sich auf einer für weite Volkskreise unerschwinglichen Höhe.** Weiter wird England von der deutschen Hochseefischerei mit Fischen stark versorgt. **Allein für Lieferungen nach dem Hafen Aberdeen wurden in den letzten zwei Monaten sieben Millionen Mark an Einfuhrzöllen bezahlt.**

Maßnahmen gegen den Holzwucher. Um den Absatz von Brennholz zu angemessenen Preisen zu regeln, hat die badische Regierung ein Versteigerungsverbot für Holz erlassen und den Genehmigungszwang für Brennholzverkäufe eingeführt.

Die Ausbeutung der Oelschätze in Palästina. Wie „Neuyork Herald" aus Neuyork meldet, wurde von zuständiger Seite mitgeteilt, daß Großbritannien der Standard Oil-Company Ausbeutungsrechte in den Petroleumgebieten von Palästina bewilligen werde. Amerika solle die gleichen Rechte erhalten wie alle Nationen, die den Friedensvertrag von Versailles unterzeichneten.

Die Gewinne des Trotzki-Konzerns. Wie die „Krasnaja Gaseta" meldet, haben die 11 Betriebe und 12 Sowjetwirtschaften, die von kommunistischen Leitern, mit Trotzki an der Spitze, vor einem halben Jahre unter dem Namen „Moskurst" zu einem Konzern zusammengeschlossen worden sind, mit verschiedenen Rohstoffoperationen bisher einen Gewinn von 6½ Millionen Goldrubel erzielt. Die Betriebe seien mit Rohstoffen wohlversorgt.

Aus aller Welt.

Späte Aufklärung eines Verbrechens. Der Raubmord, der im November 1919 an einer 60 Jahre alten Arbeiterin Frau Gerdemann auf ihrem einsamen Gehöft in Paulinenwalde bei Liebenwalde verübt wurde, ist jetzt nach 2½ Jahren aufgeklärt worden. Der Mord war von einem 28jährigen Hausdiener Heinrich Schneider und einem angeblichen früheren Jäger Elsermann verübt worden. Schneider wurde jetzt in der Gegend von Hanau verhaftet und nach Berlin gebracht, wo er schließlich ein Geständnis ablegte. Er behauptet, daß der Hauptschuldige Elsermann sei. Dieser sei wahrscheinlich zur Fremdenlegion gegangen.

Bei einem Autoomnibusunglück in Berlin-Dahlem erlitten die drei Insassen zum Teil schwere Verletzungen. Das Unglück wurde dadurch hervorgerufen, daß sich plötzlich das linke Hinterrad löste und der Kraftwagen sich überschlug.

Raubüberfall im Personenzug Berlin—Guben. Am 7. April verließ der 22 Jahre alte Sohn Dietrich eines Majors Holz aus Berlin mit dem Frühzug den Bahnhof Alexanderplatz, um nach Liegnitz zu fahren. Kurz vor Guben wurde er während der Fahrt besinnungslos in seinem Abteil aufgefunden und ist, ohne die Besinnung wieder erlangt zu haben, gestorben. Ueber die Person der Räuber schwebt vollkommenes Dunkel.

Ein Münchener Rechtsanwalt verschwunden. Der bekannte Münchener Verteidiger, Justizrat Gaenßler, der in Strafsachen einen besonderen Ruf genoß, ist verschwunden. Es sollen Wechsel in Höhe von mehreren Millionen Mark, die auf seinen Namen lauten, im Umlauf sein. In die Angelegenheit soll auch ein Münchener Arzt verwickelt sein, der mit dem Rechtsanwalt aus München verschwunden ist.

Die schlechte Zensur. In Lüneburg hat ein Schuljunge von 12 Jahren seinem Leben durch Erhängen ein Ende bereitet. Er war nicht versetzt worden und fürchtete sich vor der angedrohten Strafe.

Ein rabiater Hauswirt. Aus Aerger über Beschlagnahme einer bisher möblierten Wohnung zertrümmerte ein Hauswirt in Jena Türen und Fenster, riß die Oefen ein und zerschlug die Wände mit der Hacke. Kurz entschlossen verhängte das Wohnungsamt die Eintragung einer Zwangshypothek von 12 000 Mark zur Wiederherstellung der Wohnung.

Auf dem Friedhof erhängt hat sich infolge großer Not der 71jährige Invalide Richter in Bernburg. Ein furchtbares Kapitel der Not der Sozialrentner.

§ 218. Großes Aufsehen erregt in Rosenheim, besonders in Arbeiterkreisen, der Ausschluß eines Rosenheimer Arztes aus der Krankenkasse, der auf Antrag des Rosenheimer Aerzteverbandes durch einen Schiedsspruch erfolgte. Es handelt sich um den Arzt, der vor einigen Wochen bei einer KPD.-Versammlung in München zu dem Thema: „Frauen, die keine Mütter werden wollen", aus seiner Praxis zu berichten wußte, daß innerhalb eines Jahres nicht weniger als 70 Frauen, darunter solche von Justizräten, mit dem Ersuchen um Abtreibung an ihn herangetreten seien. Die Betriebsräte haben einstimmig die Wiederzulassung des Arztes zur Krankenkasse gefordert.

Militaristischer Menschenmord im Frieden. Ein 88 Jahre alter Invalide aus Nerheim, Kr. Kreuznach, wurde von sieben französischen Kavalleristen, die anscheinend unter sich ein Wettrennen veranstalteten, in gestrecktem Galopp überritten, als er mit seinen beiden sieben- und achtjährigen Enkeln einen Spaziergang über das Feld machte. Während sich die beiden Jungen mit knapper Mühe hinter die Böschung retten konnten, wurde der Greis von einem der Reiter überritten und getötet. Der Reiter selbst stürzte vom Pferd, erhob sich jedoch sofort, legte den Invaliden, dem das Blut aus Mund und Nase quoll, seitab vom Wege und ritt in schnellster Gangart seinen Kameraden nach, die sich in keiner Weise um den Ueberrittenen gekümmert hatten.

Versammlungs-Anzeiger

Allgemeiner Gewerkschaftsbund.

Heute, Dienstag, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Henriusplatz, Zimmer 70, Vorständekonferenz.

Sozialdemokratischer Verein.

Frauenversammlung. Donnerstag, den 20. April, abends 7 Uhr, in der Aula der Hilfsschule Heilige Geistgasse 111, findet eine Frauenmitgliederversammlung statt. Volkstagsabg. Gen. Reek spricht über „Das Wesen der Wohnungssteuer". Einige Musik- und Gesangsvorträge bilden den unterhaltenden Teil. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

5. Bezirk (Langfuhr). Mittwoch, den 19. April, abends 6½ Uhr, bei Kresin, Brunshöfer Weg, Mitglieder-Versammlung. 1. Vortrag des Gen. Leu über „Direkte und indirekte Steuern". 2. Abrechnung. 3. Bericht vom Vertretertag.

Henhube. Heute, Dienstag, abends 7 Uhr, bei Schönwiese, Mitgliederversammlung. Vortrag des Gen. Loops.

Sozialdemokratischer Verein Ohra.

Mittwoch, den 10. April abds. 6½ Uhr, in der „Ostbahn", Mitglieder-Versammlung. 1. Vortrag „Unser Parteiprogramm", Ref. Gen. Dr. Müller. 2. Abrechnung vom 1. Quartal. 3. Stellungnahme zur Maifeier.

Verein Arbeiterjugend Schidlitz.

Heute, Dienstag, abends 7 Uhr, Mandolinenabend beim Gen. Kristen-Höhenweg.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 20. April, abends 6 Uhr, im Lokal Steppuhn, Schidlitz, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Wahl zum Gewerkschaftskongreß. 2. Die organisierte Arbeiterschaft und der 1. Mai. 3. Gewerkschaftliches.

(5975)

Gosda's Gekachelter (garantiert rein) für Qualitäts-Schnupfer.

Ueberall erhältlich. Fabrik: Julius Gosda, Häkergasse 5.

Danziger Nachrichten.

Der Senat als Wucherschutz.

Eine sinnige Osterüberraschung hat der Danziger Senat den Danziger Hausfrauen damit bereitet, daß er ab 15. April (Ostersonnabend) den Milchpreis auf 3,50 Mk. und ab 18. April den Brotpreis auf 5 Mark für das Kilogramm erhöhte. In letzter Zeit haben sich auch die Preise für Fleisch und Kartoffeln progressiv gesteigert. Man kann mindestens neugierig sein, welche Stellung dazu die bürgerlichen Hausfrauenvereins usw. nehmen werden, die doch so oft und immer wieder in Versammlungen mit vielen Worten, aber ohne jeden positiven Erfolg bezw. mit obigem Erfolg der Preissteigerung Stimmenfang für ihre Parteien zu treiben versuchen, indem sie paradiesische Ernährungsverhältnisse dafür versprechen. Was würden diese Damen und ihre männlichen Helfershelfer wohl sagen, wenn im Senate anstelle ihrer Parteifreunde unsere Genossen säßen? Jetzt muß dafür die deutsche Erfüllungspolitik herhalten, von der sie nichts weiter wissen, als daß es ein gutklingendes Schlag- und Stichwort sein soll, von dem auch ihre Hörer und Hörerinnen ebenfalls mehr nicht verstehen, als sie selber. Wir möchten die Danziger Hausfrauen aber besser informieren und ihnen zeigen, wo der Fehler gesucht werden muß und gefunden werden wird. Die weiblichen Stadt- und Volkstagsabgeordneten wissen das selbstverständlich ebenso gut, wie ihre männlichen Kollegen und der Senat, aber unterschlagen diese Wissenschaft aus Partei-Interessen, d. h. um die ihnen nahestehenden Lebensmittelwucherer in ihren Profitgeschäften nicht zu stören.

Wir haben nämlich in Danzig eine Verordnung des Staatsrates, welche den Wucher allgemein und mit Lebensmitteln im besonderen ausschließt. Es ist die in unserem Blatte wiederholt gebrandmarkte Staatsrat-Verordnung über die Marktlage. Nach ihr darf Wucher nicht in Frage kommen, wenn der geforderte Preis der Marktlage entspricht. Wenn also z. B. der Danziger Kartoffelhändler im Herbst Kartoffeln mit 30—50 Mark pro Zentner eingelagert hat, dann darf er jetzt ruhig 1000 Proz. — in Worten: eintausend Prozent — deshalb aufschlagen, weil dieser, sonst einen 30fachen Wucher bedeutende, Aufschlag von 1000 Proz. der heutigen Marktlage entspricht. Kein Staatsanwalt kann an diese Wucherer, die sie in den Augen des normal denkenden Volkes sind und bleiben, heran, weil der Senat und der Bürgerblock diese Staatsrat-Verordnung mit aller Gewalt im Interesse der Herren Wucherer aufrechterhalten. Deshalb werden alle Waren, deren Preise voraussichtlich steigen, auch zurückgehalten. Der Wucherer kann gar nicht mehr verdienen, als abwarten, bis der höchste Notstand erreicht ist. Im schlimmsten Falle zahlt dann der Senat auf Kosten der Steueraufbringer — d. h. der Festbesoldeten: Beamten, Angestellten und Arbeiter — die Millionen hinzu, welche zur „Verbilligung" fehlen. Das ist unsere Freistaatregierung! Statt zum Osterfest die Staatsratsverordnung über die Marktlage aufzuheben — wenigstens zunächst schnell mal bezüglich der dringendst nötigen Lebensmittel des kleinen Mannes — beschert man uns die Preissteigerungen für Brot und Milch. In den bürgerlichen Blättern wird das alles natürlich so gedreht, daß nicht der Wucherschutz des Senats, sondern die Sozialdemokraten Schuld haben, obwohl sie weder im Senat sitzen, noch ihre Forderungen im Senat durchzusetzen in der Lage sind, dank des Widerstandes des hauptschuldigen Bürgerblocks.

Geradezu skandalös ist das Schwindelkunststück, das sich der Senat und die „Danziger Neuesten Nachrichten" obendrein noch leisten. Um dem Publikum Sand in die Augen zu streuen, veröffentlicht man eine Zusammenstellung der Preise für Milch, Butter, Kartoffeln, Brot, Zucker Fleisch und Eier in anderen Städten z. B. Berlin, Stettin, Breslau, Kiel, Stuttgart, Essen; Düsseldorf; Köln usw.; und versucht damit den Anschein zu erwecken, als ob wir hier das Land sind wo Milch und Honig umsonst fließen. Wir haben im Freistaat Danzig die ertragreichsten Landstriche mit den fettesten Bauern Deutschlands und einer geringen Bevölkerungsdichte auf der einen Seite und den miserabelsten Löhnen für Industrie- und Landarbeiter auf der anderen Seite. Eine Statistik darüber bringen unsere Spalten gelegentlich oft genug; sie wird aber vom Senat nicht weiter verbreitet, weil Carlson, Klawitter, Ziehm und Doerksen das dem Senat nicht gestatten. Eine Zusammenstellung der Dividenden in der Industrie und der gelöschten Hypotheken und des Vermögenszuwachses der Landwirte wäre ein lehrreiches Gegenstück zu der Preistafel in den „Danz. Neuest. Nachr.". Deshalb wird sie auch nicht gemacht und veröffentlicht. Gerade deshalb aber bringen wir nachfolgende Zusammenstellung der Preissteigerungen für Artikel des täglichen Bedarfs im Gegensatz zu den Löhnen:

Außer Mehl und Brot sind die Preise seit 1. August 1919 um das 25—30fache gestiegen, welch letztere Erhöhung der Kartoffelpreis erlangt hat. Folgende, für die Volksernährung wichtigen Lebensmittel sind wie folgt gestiegen: Weizengries um das 60fache, Butter um das 40fache, Margarine um das 67fache, Schmalz um das 58fache, Eier um das 41fache, Backobst um das 48fache Fleisch und Wurst um das 38—40fache. Petroleum stieg seit angegebener Zeit um das 40- und Steinkohlen um das 60fache. Von 31 der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsgegenstände, welche wir nachgeprüft haben, ergab sich eine durchschnittliche Steigerung um das 41fache. Noch viel schlimmer ist es bei den Konfektionsgegenständen; hier geht die Steigerung um das Hundertfache. Ein Hemd, wofür man jetzt etwa 500 Mark schon zahlen muß, erstand man vor dem Kriege mit 8 Mark das Stück. Der durchschnittliche Tagelohn eines gewerblichen Arbeiters betrug 1914 vier Mark, zurzeit etwa 92 Mark, ist also nur um das 23fache gestiegen, also ist die Steigerung der Löhne hinter der Steigerung der Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände um die Hälfte zurückgeblieben.

Wo bleibt also das von uns immer wieder verlagte Wirtschaftsamt im Sinne des deutschen Reichswirtschaftsministeriums? Das Wirtschaftsamt, unterstützt durch einen sachverständigen Beirat, soll neutral die Interessen und Bedürfnisse sowohl der Produzenten als auch der Konsumenten einschl. des Zwischenhandels usw. prüfen, regeln und vertreten und der heutigen Wurstelei im Senat ein Ende bereiten. Man wird unserem Drängen mit der Zeit wohl nachgeben müssen und nachgeben. Inzwischen brüten die Verwaltungsschieber natürlich aus, mit welchen Mitteln das neue Wirtschaftsamt arbeitsunfähig gemacht und so verschandelt werden kann, daß den Wucherern kein Leid geschieht. Soistes.

*

Die deutschnationalen Mitglieder des Wirtschaftsausschusses des Volkstages haben folgende Anträge gestellt: 1. Mit der polnischen Regierung in Verhandlungen einzutreten mit dem Ziele, daß zur Linderung der augenblicklichen Notlage der unbemittelten Bevölkerung in Danzig ein Ausfuhrverbot für wichtige Lebensmittel, insbesondere Milch, Milchprodukten und Vieh, erlassen werde. 2. Die polnische Regierung darauf hinzuweisen, daß einzelne Starosten unter Verstoß gegen das Danzig-polnische Abkommen Ausfuhrverbote in bezug auf Lebensmittel erlassen oder die Einfuhr von Lebensmitteln nach Danzig sonst hintertreiben. Der Senat wolle mit der polnischen Regierung in Verhandlung treten. 3. Die Polizeiorgane und die Staatsanwaltschaft anzuweisen, gegen alle Handlungen, die unter Verletzung der Verordnungen und Gesetze auf Verteuerung der Lebensmittel und der lebensnotwendigen Gegenstände hinzielen, mit aller Schärfe vorzugehen. 4. Die Wuchergerichte volkstümlicher auszugestalten.

Diese deutschnationalen Anträge, besonders die beiden letzten, sind gröbste Roßtäuscherpolitik. Ausgerechnet die deutschnationalen Agrarier unter Führung des Großagrariers Doerksen rufen plötzlich nach Polizei und Staatsanwaltschaft gegen den Wucher. Bei den Leuten, die das Volk jeden Tag selbst auf das schamloseste auswuchern, kann man solche Anträge doch wahrlich nicht ernst nehmen. Anscheinend wissen aber diese Herren, daß sie trotz ihrer bisherigen Wucherpolitik bei der jetzigen Justiz ungeschoren bleiben, und so können sie getrost nach Maßnahmen rufen, die zunächst in aller Strenge gegen sie angewendet werden müßten. Dem Volke wird man aber damit keinen blauen Dunst vormachen, denn jedes Kind weiß, daß die unersättliche Habsucht der Agrarier den größten Anteil an den jetzigen Wucherpreisen hat.

Beschlagnahme trotz Aufhebung der Wirtschaftsgrenze.

Der Landrat des Kreises Karthaus hat trotz Aufhebung der Wirtschaftsgrenze zwischen Danzig und Polen Waren, welche Danziger Händler in seinem Kreise gekauft haben, unter der Begründung beschlagnahmt, daß die betreffenden Danziger Händler eine Erlaubnis zum Gewerbebetrieb in Polen nicht hätten. Der Landrat des Kreises Danziger Höhe ersucht nun die Amtsvorsteher und Landjäger, gegen polnische Gewerbetreibende, welche ohne Danziger Gewerbescheine Käufe tätigen, entsprechend vorzugehen und die Waren dieser Händler gegen Quittungsleistung zu beschlagnahmen.

Ausgabe verbilligter Kartoffeln.

Die Pressestelle des Senats teilt mit: Der Senat wird in den nächsten Tagen Kartoffeln zum Preise von 1,50 Mark pro Pfund ausgeben. Nähere Bekanntmachung erfolgt in den nächsten Tagen. Es sind genügend Mengen vorhanden, die es ermöglichen, daß jeder beliefert werden kann.

Der Streik der Damenschneiderinnen beendet.

Nachdem ein früherer Schiedsspruch von den Arbeitgebern abgelehnt und nochmalige Verhandlungen ergebnislos verliefen, lud der Schlichtungsausschuß die Parteien zu Ausgleichsverhandlungen ein. Der Schlichtungsausschuß unterbreitete den Parteien folgenden Vergleichsvorschlag: Die Arbeit wird geschlossen am Dienstag, den 18. d. Mts. wieder aufgenommen. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Die Stundenlöhne werden durchweg um 1,70 Mark erhöht. Es gestalten sich demnach die Lohnsätze wie folgt: 1. Selbständige Mäntel-, Jacken- und Paletotarbeiterinnen, die alles selbst bügeln, bisher 5,72 Mark, jetzt 7,42 Mk. 2. Selbständige Mäntel-, Paletot- und Jackenarbeiterinen einschl. Aenderinnen dieser Art, sowie Konfektionsänderinnen auf Jacken und Mäntel, bisher 5,20 Mark, jetzt 6,90 Mark. 3. Alle übrigen selbständigen Arbeiterinnen (auf Röcke, Taillen, Blusen, franz. Aermel, Steppерinnen) sowie Konfektionsänderinnen auf Röcke, Kleider und Blusen, und Wäschenäherinnen, bisher 4,55 Mark, jetzt 6,25 Mark. 4. Vorgeschrittene Zuarbeiterinnen, bisher 6,45 Mark, jetzt 5,15 Mark. 5. Zuarbeiterinnen nach dreijähriger Lehrzeit a) im 1. Jahre bisher 2,41, jetzt 4,11 Mark, b) im 2. Jahre bisher 2,86 Mark, jetzt 4,56 Mark. Als Ueberstundenzuschlag wird für die ersten 3 Stunden nach der regelmäßigen Arbeitszeit 50 Prozent gezahlt, darüber hinaus sowie für Sonn- und Feiertagsarbeit 100 Proz.

Die neuen Lohnsätze gelten von sofort ab. Für den Monat März erfolgt eine Nachzahlung in Höhe von 15 Prozent auf die bisherigen Löhne.

Arbeitgeber und -nehmer haben den Schiedsspruch angenommen. Die erreichte Lohnerhöhung beträgt 35—70 Prozent.

Die Maifestkommission der SPD. tagt morgen, Mittwoch, bereits um 5½ Uhr nachmittags im Parteibureau.

Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Landes-Versicherungsamts ist Oberregierungsrat Grentzenberg ernannt worden.

Erhöhung der Arzneitaxen. Den Apothekern im Freistaat war es bisher gestattet, zu den Sätzen der deutschen Arzneitaxe einen Zuschlag von 20 Prozent zu erheben. Dieser Zuschlag ist jetzt auf 33⅓ Prozent erhöht worden.

An Erwerbslosenunterstützung sind in der Woche vom 2. bis 8. April 1922 in der Stadtgemeinde Danzig einschl. der Gemeinden Ohra und Emaus gezahlt worden: 182 599,64 Mk. an 1051 Personen gegenüber 235,652,98 Mk. an 1131 Personen in der Vorwoche.

Der Ausbau der Ueberlandzentrale Straschin-Prangschin wird den zu Mittwoch, den 19. April, einberufenen Kreistag des Kreises Danziger Höhe beschäftigen. Es sollen Mittel bewilligt werden zur Verbesserung des Leistungsfaktors, sowie zum Einbau einer dritten Turbine.

Die Stadt als Eigentümerin des Radaunekanals. Zwecks Eintragung eines Wasserlaufes in das Grundbuch gemäß § 13 des Wassergesetzes vom 7. April 1913 hat der Senat, Verwaltung der Stadtgemeinde Danzig, bei dem Polizeipräsidenten eine Bescheinigung darüber beantragt, daß die volle Radaune, einschließlich ihrer Mündungsarme, dem Silberhüttenkanal und Weizenmühlkanal auf den Strecken Mottlaumündung bis zur Gemarkung Praust, ausschließlich Gemarkung Ohra und Scharfenort, bereits 44 Jahre vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches im Eigenbesitz der Stadtgemeinde Danzig gestanden haben. Jeder Beteiligte kann im Umfange seines Interesses binnen einer Woche nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im Staatsanzeiger Einspruch auf Zimmer 68 des Polizei-Präsidiums, Karrenwall 6, erheben. Werden keine Einsprüche in der angegebenen Frist erhoben, so wird dem Antrag stattgegeben werden.

Ein dramatischer Zirkel Dresdener Studenten befindet sich augenblicklich auf einer Spielfahrt durch den Freistaat. Die Eröffnungsveranstaltung fand am Ostersonntag in der Loge „Eugenia" statt. Zum Vortrag gebracht wurde die Suite aus „Lustige Feldmusik" von Krieger. Die Wiedergabe stand auf achtbarer Höhe. Anschließend gelangte das Schimpfspiel „Herr Peter Squenz" von Andreas Gryphius zur Aufführung, das eng an die köstliche Handwerkerkomödie aus Shakespeare „Sommernachtstraum" anlehnt. Als Dilettantenleistung verdient die Aufführung Anerkennung, wenngleich auch nicht alle Wirkungen herausgeholt wurden. Auch das „Sächseln" einiger Spieler störte teilweise. Der Saal war anscheinend infolge ungenügender Propaganda nur halb besetzt. Doch war der Beifall für die genußreiche Unterhaltung stark.

Ermittelter Kuhdieb. Am 11. April nachts wurde einem Besitzer in Altdorf eine Kuh gestohlen. Eine sofort durch die Schutzpolizei aufgenommene Verfolgung des Täters hatte das Ergebnis, daß die Kuh in Lauental gefunden wurde. Der Täter, Arbeiter Alfred B., wollte die Kuh, die einen Wert von 10 000 Mark hatte, einem Fleischermeister für 2000 Mark verkaufen. B. wurde dem Polizeigefängnis zugeführt.

Unter Diebstahlsverdacht verhaftet. Am 12. April wurden der unverehelichten H. J., wohnhaft in Czersk, auf dem hiesigen Bahnhof 14 000 Mark polnisches und 600 Mark deutsches Geld aus ihrer Handtasche entwendet. Als mutmaßliche Täter wurden von der Schutzpolizei die Arbeiter H. J. und J. M., beide wohnhaft St. Albrecht, festgenommen und dem Polizeigefängnis zugeführt. Bei einem wurde eine Flasche Morphium, bei dem andern eine Pistole vorgefunden.

Verhaftet. Am 18. April gelang es der Schutzpolizei den schon lange von der Kriminalpolizei steckbrieflich gesuchten Arbeiter M. H., wohnhaft Bleihof 5, festzunehmen und dem Polizeigefängnis zuzuführen.

Die Feuerwehr wurde am Sonnabend nach dem Freihafen gerufen, wo in einem Raum des Dampfers „Ganette Kayser" Ballen, Lumpen und Säcke mit Mehl brannten. Der Feuerwehr gelang es, in siebenstündiger Tätigkeit, ein Umsichgreifen des Brandes zu verhüten. Am 1. Osterfeiertag morgens mußte die Wehr am Bahndamm in Schellmühl einen Rasenbrand löschen. Am Nachmittag brannten Frauengasse 5 Isolierung und Holzverschalung. Später wurde die Feuerwehr nach dem Heilsberger Weg gerufen, wo Flugruß in einem Schornsteinrohr brannte.

Polizeibericht vom 16., 17. und 18. April 1922. Festgenommen 30 Personen, darunter: 8 wegen Diebstahls, 1 wegen Unterschlagung, 1 wegen Betruges, 2 wegen Körperverletzung, 1 wegen Bedrohung und Hausfriedensbruchs, 1 wegen Sachbeschädigung, 1 wegen groben Unfugs, 2 zur Festnahme ausgegeben, 11 in Polizeihaft. — Obdachlos: 2 Personen.

Ohra. Die Deichgenossenschaft beschloß in ihrer letzten Sitzung den Bau einer Zentrifugalpumpe mit einem Kostenaufwande von etwa 750 000 Mark, um ein schnelleres und sicheres Leerpumpen der Wiesen zu gewährleisten. Der Beitrag mit 75 Mark für den Hektar wurde beibehalten.

Zoppot. Der Sozialdemokratische Verein hält am Mittwoch, den 19. April, abends 7 Uhr, in der Aula der Schule Danziger Straße eine Mitglieder-Versammlung ab. Gen. Volkstagsabg. Arczynski hält einen Vortrag über „Friedensvertrag, Konvention, Wirtschaftsabkommen und deren Folgen. Außerdem wichtige Parteiangelegenheiten. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder erforderlich.
Sozialdemokratischer Verein Danzig.

Standesamt vom 18. April 1922.

Todesfälle: Invalide Johannes Schlawinski, 57 J. — Wächter Joseph Pieletzki, 77 J. 7 M. — S. des Arbeiters Gustav Wrobel, 17 Tage. — Frau Margareta Fritsch geb. Landig, 27 J. 7 M. — Büffetier Johann Scholz, 42 J. 6 M. — Witwe Elisabeth Kuretzki geb. von Trzebiatowski, 40 J. 4 M. — Aufwärterin Berta Schammer, 51 J. 1 M. — Schlosser Paul Rappel, 45 J. 8 M. — S. des Arbeiters Hermann Bleier, 3 Tage. — T. des Bureaugehilfen Franz Lucaszewski, ¼ Stunde. — Witwe Marie Raggs geb. Schulz, 74 J. — Fabrik- und Rittergutsbesitzer Gustav Schottler, 77 J. 2 M. — S. des verstorbenen Gemeindevorstehers Hermann Mielke, 11 J. 9 M. — S. des Maurers Walter Mathies, 9 Tage. — Frau Mathilde Schellner geb. Lietz, 65 J. 5 M. — Witwe Elisabeth Posenauer geb. Simon, fast 77 J. — T. des Landwirts Albert Makowski, 7 J. 2 M. — Witwe Wilhelmine Krüger geb. Schulz, 81 J. 6 M. — Frau Mathilde Kranich geb. Schwoch, fast 37 J.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark:	7,72	am Vortage
Amer. Dollar .:	283	" "
Englisches Pfund:	1265	" "

Wasserstandsnachrichten am 18. April 1922.

	15. 4.	16. 4.			
Zawichost	+ 1,62	+	Kurzebrack	+ 2,10	+ 2,42
	15. 4.	16. 4.	Montauerspitze	+ 2,01	+ 2,03
Warschau	+ 1,98	+ ,	Pieckel	+ 2,11	+ 2,12
	15. 4.	16. 4.	Dirschau	+ 2,40	+ 2,38
Plock	+ 1,62	+ ,	Einlage	+ 2,48	+ 2,48
	17. 4.	18. 4.	Schiewenhorst	+ 2,40	+ 2,54
Thorn	+ 2,01	+ ,	Nogat:		
Fordon	+ 1,95	+ 1,88	Schönau O. P.	+ 6,70	+ 6,62
Culm	+ 1,86	+ 1,82	Galgenberg O. P.	+ 4,64	+ 4,63
Graudenz	+ 2,08	+ 2,08	Neuhorsterbusch	+ 2,06	+ ,
			Anwachs	+ ,	+ ,

Kleine Nachrichten.

Einstein über seine Pariser Eindrücke.

In einer Unterredung mit einem Vertreter der „Vossischen Zeitung" über seine Pariser Eindrücke erklärte der seit Sonnabend wieder in Berlin weilende Professor Einstein, aus allen von ihm geführten Gesprächen habe, wenn auch vielleicht etwas versteckt, die Sehnsucht herausgeklungen, mit den deutschen Wissenschaftlern wieder zusammenarbeiten zu können. Er sei überzeugt, daß die Vertreter der Wissenschaft in Paris, nicht bloß der Physiker und Astronomen, sich des Gefühls nicht erwehren können, welche Gefahren in einer weiteren Unterdrückung der internationalen wissenschaftlichen Beziehungen liegen.

Es dämmert in Frankreich.

Ein Mitarbeiter des Gewerkschaftsblattes „Le peuple" veranschaulicht unter Wiedergabe von Photographien den Schaden, der den Bewohnern der zerstörten französischen Departements durch Verschwendung im Interesse der militärischen Besetzung des Rheinlandes erwächst. Der Artikel gibt anhand der Bilder eine Beschreibung der sogenannten Militärkolonie in Köln, in der für die englischen Offiziere eine Anzahl von Villen erbaut worden ist. Dicht neben der Villenkolonie sieht man die als „Arbeiterwohnungen" bezeichneten Notbaracken der obdachlosen Kölner Bevölkerung.

*

Der kapitalistische Unsinn. In einem Vortrage über die gegenwärtige Weltwirtschaftslage, den Prof. Harms in der Handelskammer Mannheim hielt, äußerte er sich ziemlich pessimistisch über die Möglichkeiten, welche für eine baldige Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise gegeben seien. Der Vortragende erwähnte, daß heute in der Welt dreimal so viel Wolle vorhanden sei, als in einem Jahre nach der heute vorhandenen Kaufkraft konsumiert werden könne — wobei Millionen von Menschen nicht imstande sind, nur die notdürftigsten Kleidungsstücke zu beschaffen. Kapitalistische Weltwirtschaft!

Die Einführung einer sechsmonatigen Arbeitsdienstpflicht wurde in der Schweiz für die gesamte Jugend vom Nationalrat beschlossen. Für die männliche Jugend wird die Arbeitszeit, die im Dienste bei der Melioration und der Innenkolonisationsarbeit u. a. bestehen wird, auf die militärische Ausbildungszeit angerechnet. Die weibliche Jugend wird nach zurückgelegtem 18. Lebensjahr mit der Kranken- und Kinderpflege und bei Wohlfahrtseinrichtungen ein halbes Jahr beschäftigt. Die Angehörigen der verschiedenen Landesteile sollen dabei untereinander ausgetauscht werden.

Neue drohende Aussperrungen in England. Der bisher auf die Metallindustrie und den Schiffbau beschränkte Konflikt scheint nun auch auf andere Industrien übergreifen zu wollen. So wurden die in der Manchester Baumwollindustrie geführten Verhandlungen abgebrochen. Sollte dieser Konflikt nicht auf gütlichem Wege geschlichtet werden, würde die für den 20. April angesagte Aussperrung 400 000 Arbeiter in Mitleidenschaft ziehen. Die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft hatten den Unternehmern an Stelle der von diesen vorgeschlagenen Lohnkürzung von 50 Prozent eine solche von 40 Prozent vorgeschlagen, doch wurde ihr Anerbieten abgewiesen.

Zum Abbruch bestimmt. Im Tau des holländischen Schleppdampfers „Hudson" ist der russische Torpedobootzerstörer „Gorofovoi" von England nach hier geschleppt worden. Das Schiff soll zum Abbruch hier an den Meistbietenden verkauft werden. — Der Hamburger Seeschlepper „Fairplay X" ist von hier nach Rotterdam abgefahren, um den dort liegenden, 2288 Tons großen spanischen Dampfer „Salvarado" nach Wilhelmshaven zu schleppen, wo er ins alte Eisen wandern soll.

Amerikanische Kriegsgewinnler. Wie der General Lord vor dem Senatskomitee für Militärlieferungen feststellte, wurde von den Vereinigten Staaten während des Krieges ein Betrag zumindest von 45 681 000 Dollar zuviel für Kriegslieferungen bezahlt. Der General erklärte nach FPS., daß zum wenigsten ein Betrag in dieser Höhe von den Kriegslieferanten zurückzuerstatten sei, daß aber die Ueberprüfung aller Lieferungsverträge durchaus noch nicht abgeschlossen sei und weitere Ueberzahlungen sich noch herausstellen würden.

Eine große Petroleumquelle erbohrt. Aus Mexiko wird gemeldet: In dem Distrikt von Tuxpan ist in diesen Tagen eine neue gewaltige Petroleumquelle erschlossen worden. Nach angestellten Messungen liefert der Brunnen täglich über 100 000 Faß Petroleum. Die Tiefe des Brunnens beträgt 660 Meter.

Zeitschriftenschau.

Dr. Siegfried Nestriepke: Gewerkschaftslehre. Brosch. 12 Mk., geb. 22 Mk. (Verlag von Ernst Heinrich Moritz, Stuttgart). Das Werk gibt eine in sich abgeschlossene theoretische Untersuchung über das Wesen und Wirken der Gewerkschaften, wie sie in so klarer anschaulicher Weise nur von jemand geschrieben werden konnte, der wie der Verfasser ein glänzender Kenner der gewerkschaftlichen Bewegung ist. Das Buch zerfällt in die vier Abschnitte: Grundsätzliches — Ziele gewerkschaftlichen Strebens — Mittel und Wege gewerkschaftlichen Ringens — Organisations- und Verfassungsfragen. — Vom Wesen und Wirken der Gewerkschaften wird heute ein jeder berührt, so daß man diese gediegene Einführung in die Gewerkschaft allen, die für die sozialen Bewegungen der Zeit Interesse haben, zum ernsten Studium empfehlen darf, aber auch für den gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und für den Gewerkschaftspraktiker usw. ist das neue Nestriepkesche Werk von erheblicher Bedeutung.

Verantwortlich für Politik Ernst Loops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, beide in Danzig; für Inserate Bruno Ewert in Oliva. — Druck von J. Gehl & Co., Danzig.

BORG

Stadttheater Danzig.
Direktion: Rudolf Schaper.
Heute, Dienstag, den 18. April, abends 7 Uhr:
Dauerkarten A 2. Zum 1. Male!
Alles um Geld
Ein Stück in 5 Aufzügen von Herbert Eulenburg
In Szene gesetzt von Oberspielleiter Hermann Merz.
Inspektion: Emil Werner.

Vincenz, eine Kreatur Gottes . Carl Brückel
Susanne, seine Kinder . . . Martha Kaufmann
Titus, seine Kinder . . . Erika Fels
Cassian, sein Schreiber . . . . Lothar Bühring
Sigismund, sein Vater . . . . Carl Kliewer
Sigismunds dicke Frau . . . Joh. Proft-Galleiske
Edmund, ein höherer Beamter Arthur Armand
Edmunds Frau . . . . . Lita Alice Beymar
Hilarius, ein fetter Börsenmensch, Gläubiger von Vincenz . Heinz Brede
Modest, ein Dachdeckermeister, Gläubiger von Vincenz . Ferdinand Neuert
Silberie, früh. Silbertropfen, ein getauf. Jude, Gläubiger von Vincenz . Gustav Nord
Basil, ein Geldverleiher, Gläubiger von Vincenz . Adalbert Gausche
Casimir, ein Wucherer, Gläubiger von Vincenz . Rudolf Schwanneke
Semper, ein Geschäftemacher, Gläubiger von Vincenz . Fritz Blumhoff
Cyriak, ein Heiratsvermittler . Erich Sterneck
Ursula, eine prächtige alte Frau . Frieda Regnald
Peter, zwei Aushilfsdiener . Curd Prenzloff
Paul, zwei Aushilfsdiener . Hans Efler

Eine Anzahl Herren und Damen aus der sogenannten guten Gesellschaft

Erscheinungen im Stück:

Das Kind, Der Jüngling, Der Mann, Ein stummer Greis } Vincenz: Erika Fels, Ehrenfried Pauls, Richard Ludewigs, Richard Benndorf

Das Ganze geht vor sich auf ein paar Stuben in unserer ehernen Zeit.

Mittwoch, abends 6½ Uhr. Dauerkarten A 2. „Margarethe". Große Oper.
Donnerstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten C 2. „Der Kronprinz".
Freitag, abends 7 Uhr. Dauerkarten D 2. „Die Dollarprinzessin". Operette.
Sonnabend, abends 7 Uhr. Dauerkarten E 2. „Martha".
Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Zum letzten Male: Anna Boleyn. Ein Prolog und 6 Szenen.

Wilhelm-Theater
vereinigt mit dem Stadttheater Zoppot, Dir. Otto Normann
Heute, Mittwoch, den 19. April, abends 7½ Uhr
Kassenöffnung 6 Uhr
„3 alte Schachteln"
Freitag, den 21. April,
„3 alte Schachteln"
Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freymann, Kohlenmarkt von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr an der Theaterkasse. (6195
„Libelle"
Täglich: Musik, Gesang, Tanz

Freie Volksbühne
Danziger Festsäle (Werftspeisehaus).
Am Mittwoch, den 19. April, Serie A.
Am Sonnabend, den 22. April, Serie C.
Am Donnerstag, den 27. April, Serie B.
Der Biberpelz
Komödie von Gerhart Hauptmann.
Einlaß 6¼ Uhr. — Anfang 7 Uhr. — Ende 9¾ Uhr
Am Sonntag, den 23. April, nachmittags 2½ Uhr
im Stadttheater
für Serie A ganz und Serie B Nr. 1—400.
Der Barbier von Sevilla
Oper in 3 Akten von G. Rossini.
Platzverlosung zur Oper am 23. 4., nachm. 1–2¼ Uhr im Zeughaus, Eingang Kohlenmarkt.
— Textbücher in den Zahlstellen. —

Zahn-Kranke
werden sofort behandelt. Neue Gebisse, Reparaturen in einem Tage. Spezialität: Gebisse ohne Platte, Gold-Kronen usw. unter voller Garantie.
Dankschreiben über schmerzloses Zahnziehen. Niedrige Kostenberechnung.
Institut für Zahnleidende
Telef. 2621 Pfefferstadt 71 I Telef. 2621
Durchgehende Sprechzeit von 8—7 Uhr.

Zahle höchste Tagespreise für
Alt-Eisen, Lumpen Metalle, Flaschen
F. Rosien 6439
Burggrafenstraße Nr. 6a

Hansa
Spezialfabrik für einfache und elegante Möbel
Verkaufsstelle Breitgasse 53
Telefon 1895 (6261

Anfertigung sämtlicher
DRUCKSACHEN
Geschmackvoller und sauberer Ausstattung

Kataloge • Broschüren Zeitschriften • Bücher
Massenauflagen
in kürzester Zeit zu billigsten Preisen
Buchhandlung
Sozialistische Literatur in größter Auswahl
Danziger Volksstimme
Fernsprecher 3290 Am Spendhaus 6 Fernsprecher 720

Stroh- Panama- Velour- Filz-
Hüte
für Damen und Herren
werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung in kürzester Zeit
umgepreßt,
gewaschen und gefärbt.
Stroh- und Filzhut-Fabrik
Hut-Bazar zum Strauß
Annahmestelle nur Lawendelgasse Nr. 6—7.
(gegenüber der Markthalle). (6178

Robert Ehmann
Altstädtischer Graben 3
neben der Tabakfabrik M. A. Hasse.
Tuch-, Manufaktur-, Kurz- und Wollwaren
Anfertigung eleg. Herrengarderobe nach Maß
Damen-Kostüme und Mäntel.
Solange alter Vorrat, noch günstige Kaufgelegenheit zu niedrigen Preisen. (6090

Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe
III. Teil:
Neue Zeit
von M. Beer
Preis 12.— Mark
Buchhandlung Volkswacht
Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32

Möbel jeder Art noch preiswert bei **David** (6376
Altst. Graben 11

Haare
kauft zu höchstem Preis
Robert Kleefeld,
Haarhandl., Breitgasse 6.
6217

Stenographie
Einzelunterricht 497
Tages- u. Abendkurse
Otto Sieds, Neugarten 11.

Kleine Anzeigen
in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

1 Herr.-Fahrrad zu verkaufen (†
Matzkausche Gasse 6, 2.

Junge Aufwärterin für den Vormittag gesucht. (Halbe Allee) Dellbrückallee 7a, 2 Tr., Schmacht, (Krankenhaus). (†